Korrespondent

für das graphische Gewerbe Deutschlands

Herausgeber: Deutscher Arbeiterverband des graphischen Gewerbes + Postbezugspreis 1 Reichsmark monatlich + Das Einzelexemplar kostet 15 Pfennig ohne Porto

Erscheinungstag jeden Sonnabend + Annahmeschluß Mittwochs + Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5 + Fernruf: F 5 Bergmann 1191, 3141—3145

71. Jahrgang | Berlin, den 22. Juli 1933 | Nummer 45

Gebt dem Arbeiter die Heimat wieder!

Arbeitslosigkeit und Verelendung im Alter verdunkeln seinen Lebensweg

Der deutsche Mensch kann befreit aufatmen. Nach langen und bangen Jahren der Mutlosigkeit, der Niedergeschlagenheit, der wirtschaftlichen Not, ist wieder Hoffnung in die deutschen Lande gezogen. Neues Vertrauen, Glaube und Zuversicht keimen auf. Das Leben bekommt wieder den rechten Sinn.

Mit einer unbändigen Kraft hat die Regierung Adolf Hitler die Lösung der Arbeitslosenfrage angepackt. Schlag auf Schlag setzen die Maßnahmen ein mit dem Ziel, den Millionen unserer bedauernswerten Volksgenossen Arbeit und Brot und damit einen neuen Lebensinhalt zu geben. Keine der bisherigen Regierungen hat sich auch nur im entferntesten an die Aufgaben herangetraut, die unser aller Schicksal bedeuten, wie Adolf Hitler. Die meisten der am 14. Juli 1933 vom Reichskabinett in einer Tagessitzung beratenen und beschlossenen Gesetze gelten der Niederkämpfung der Arbeitslosigkeit.

Diesen Regierungsmaßnahmen kann ein voller Erfolg nur beschieden sein, wenn sie vom deutschen Volke recht verstanden und zur Auswirkung gebracht werden. Gerade bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kommt es auf die persönliche Einstellung und die Handlung des einzelnen an. Wer Egoist bleibt, wer nur an sich denkt, kann nichts zur Linderung der großen Not tun. Aktiver Mitkämpfer ist nur derjenige, der im Sinne des nationalsozialistischen Grundgesetzes zu handeln vermag, wonach Gemeinnutz vor dem Eigennutz steht.

Die Tragik im Arbeiterleben

Im Arbeiterleben gibt es zwei große Leidensstationen, die in ihrer bittersten Tragik wohl eigentlich nur von jenen recht verstanden werden, die sie selbst durchmachten.

Düster und grau tut sich die Zukunft vor den vielen Menschen auf, denen das Schicksal den Arbeitsplatz, den Beruf, nahm. Was wird nun aus Frau und Kindern? Was wird aus dem Heim, aus den in jahrzehntelanger ehrlicher Arbeit zusammengesparten Einrichtungsgegenständen, wovon jedes Stück wie ein Heiligtum gehütet wird? Wann gibt es wieder neue Beschäftigung? In ein, zwei, drei Jahren? Oder ist bereits jene gefürchtete Altersgrenze erreicht, nach der es immer und immer wieder heißt: Für den Betrieb zu alt!

Wenn der Arbeiter an das 50. Lebensjahr kommt oder es schon überschritten hat, beginnt für ihn die kritische Periode, in der er ausgespielt haben soll. Vielfach gilt er dann nur noch als „altes Eisen", das seinen Dienst getan hat und nun verrosten kann. In einem Lebensalter, in dem beispielsweise der Beamte in der besten Schaffenskraft steht, in seinem Einkommen und seiner Stellung gehoben wird, gibt es für den Arbeiter fast durchweg nicht nur keinen Aufstieg mehr, sondern ihn trifft fast immer ein jäher Absturz. Hart packt ihn das Schicksal und verdunkelt seinen Lebensweg.

Es sind aber nicht nur wirtschaftliche Sorgen und Bedrängnisse, die ihm den Lebensmut rauben. Er wird auch von einer seelischen Katastrophe betroffen. Der Mensch, dem vom Schöpfer und von der Natur die Betätigung der körperlichen und geistigen Kräfte zugewiesen wurde, zerfällt mit sich selbst und seiner Umgebung, wenn man ihm diese gesellschaftsbedingten Aufgaben nimmt. Gezwungenermaßen als ein überflüssiges und unbrauchbares Glied der menschlichen Gesellschaft zu gelten, ist ebenso furchtbar und schmerzlich wie das Tragen wirtschaftlicher Entbehrungen.

Die zweite Katastrophe trifft den Arbeitsmenschen, wenn er infolge eines Berufsunfalls oder Alters arbeitsunfähig wird. Man muß sich eigentlich wundern, daß das Schicksal der alten Arbeitsveteranen bisher nicht stärker im Vordergrunde stand. Das Los des ausgedienten Arbeiters im Alter ist unsagbar traurig. Ein ganzes Leben hat er geschafft, hat seine Kräfte Tag für Tag im Beruf und damit für die Allgemeinheit eingesetzt, ohne einen nennenswerten Notgroschen zurücklegen zu können. Von der Jugend bis zum Alter leistete er Woche für Woche die Beiträge zur gesetzlichen Invalidenversicherung, die ihm nun nach Erreichung des 65. Lebensjahres eine Monatsrente von durchschnittlich 30 M. gewährt. 30 M. für den ganzen Monat! Es ist unmöglich, mit diesem Betrag auch nur notdürftig das Leben zu fristen, geschweige denn, einen geruhsamen und friedvollen Lebensabend zu führen. Die Wohlfahrtsfürsorge muß in Anspruch genommen werden von Menschen, die doch ein Recht darauf hätten, anstatt Wohlfahrtsgroschen den wohlverdienten und wohlerworbenen Dank der Allgemeinheit in Form einer ausreichenden Altersversorgung abgestattet zu erhalten.

Adolf Hitler als ehrlicher Makler

Der von Adolf Hitler geschaffene nationalsozialistische Staat wird dem deutschen Arbeiter wieder die Heimat zurückgeben, die Marxismus und Liberalismus ihm genommen hatten. Arbeit und Brot, gesicherte Existenz und eine großzügige Altersversorgung für alle Arbeitsmenschen, nicht nur für die Beamten, sollen die Grundlage eines neuen Deutschland sein.

Kein anderer als unser Führer selbst betrachtet sich hierbei als ehrlicher Makler. Auf dem ersten Kongreß der Deutschen Arbeitsfront am 10. Mai 1933 sagte er u. a.: „Ich bin durch meinen eigenartigen Lebensweg vielleicht mehr als jeder andere befähigt, das Wesen und das ganze Leben der verschiedenen deutschen Stände zu verstehen und zu begreifen, nicht, weil ich dieses Leben etwa von oben herunter hätte beobachten können, sondern weil ich es selbst mitgelebt habe, weil ich mitten in diesem Leben stand, weil mich das Schicksal in seiner Laune oder vielleicht auch in seiner Vorsehung einfach in diese breite Masse Volk und Menschen hineingeworfen hat. Weil ich selbst jahrelang als Arbeiter am Bau schuf und mir mein Brot verdienen mußte. Und weil ich zum zweiten Male dann wieder jahrelang in dieser breiten Masse stand als gewöhnlicher Soldat, und weil das Leben mich dann in die anderen Schichten unseres Volkes hineinhob, so daß ich auch diese besser kenne als Unzählige, die in diesen Schichten geboren sind. So hat mich das Schicksal vielleicht mehr als irgendeinen anderen dazu bestimmt, der — ich darf dieses Wort für mich gebrauchen — ehrliche Makler zu sein, der ehrliche Makler nach jeder Seite hin."

In seinem grundlegenden Werk „Mein Kampf" (S. 23, 25, 30) schildert der Führer das Arbeiterschicksal in seiner ganzen Trostlosigkeit und Bitternis. Er schreibt von seinen Wiener Erlebnissen:

„Kaum in einer deutschen Stadt war die soziale Frage besser zu studieren als in Wien. Aber man täusche sich nicht. Dieses ‚Studieren' kann nicht von oben herunter geschehen. Wer nicht selber in den Klammern dieser würgenden Nattern sich befindet, lernt ihre Giftzähne niemals kennen. Ich weiß nicht, was verheerender ist: die Nichtbeachtung der sozialen Not, wie dies die Mehrzahl der vom Glück Begünstigten oder auch durch eigenes Verdienst Gehobenen tagtäglich sehen läßt, oder jene ebenso hochnäsige wie manchmal wieder zudringlich taktlose, aber immer gnädige Herablassung gewisser mit dem ‚Volk empfindender' Modeweiber in Röcken und Hosen.

Es wurde mir damals meist nicht sehr schwer, Arbeit an sich zu finden, da ich ja nicht gelernter Handwerker war, sondern nur als sogenannter Hilfsarbeiter und manches Mal als Gelegenheitsarbeiter versuchen mußte, mir das tägliche Brot zu schaffen.

Die Unsicherheit des täglichen Brotverdienstes erschien mir in kurzer Zeit als eine der schwersten Schattenseiten des neuen Lebens.

Wohl wird der ‚gelernte Arbeiter' nicht so häufig auf die Straße gesetzt sein, als dies beim ungelernten der Fall ist; allein ganz ist doch auch er nicht vor diesem Schicksal gefeit. Bei ihm tritt eben an Stelle des Brotverlustes aus Arbeitsmangel die Aussperrung oder sein eigener Streik.

Hier rächt sich die Unsicherheit des täglichen Verdienstes schon auf das bitterste an der ganzen Wirtschaft selber.

Schon während meines Wiener Existenzkampfes war mir klar geworden, daß die soziale Tätigkeit nie und nimmer in ebenso lächerlichen wie zwecklosen Wohlfahrtsduseleien ihre Aufgabe zu erblicken hat, als vielmehr in der Beseitigung solcher grundsätzlicher Mängel in der Organisation unseres Wirtschafts- und Kulturlebens, die zu Entartungen einzelner führen müssen oder wenigstens verleiten können."

Der Arbeiter: Herrenmensch der neuen Zeit!

Adolf Hitler wird sein Wort einlösen. Er, der selbst das Arbeiterschicksal durchkostet hat, wird den Arbeitsmenschen zum Herrenmenschen machen und ihn vom Fluche des Proletariers erlösen. Das Herrentum der neuen Zeit wird nicht von Geburt und Geld abhängig sein, sondern nur von der Gesinnung.

Vor den Vertretern des deutschen Bergbaues sprach Professor Dr. Friedrich (Karlsruhe) kürzlich davon, daß der Mensch nicht zahlenmäßig behandelt werden dürfe. Der bloße Zweck der Produktion mit der Erzielung einer höheren Dividende könne niemals befriedigen. Im nationalsozialistischen Staat gebe es keinen charakterlichen Unterschied zwischen den Menschen im privaten und im Wirtschaftsleben. Der Mensch im Betrieb könne außerhalb des Betriebes nicht ein anderes Leben führen. Er soll lernen, in seinem Berufe, der ihn erlöst, der ihn wachsen läßt, das Gesetz der Liebe und der Kraft abzuleiten und zur Offenbarung zu bringen.

Das sind Forderungen, die heute noch in vielen Kreisen neuartig, ja kühn klingen mögen. Sie zu verwirklichen, unserem Schaffen und Streben einen neuen Inhalt zu geben, das Leben wieder lebenswert zu machen, mit Glauben und Hoffnung zu erfüllen, das ist die Aufgabe unserer Tage. Lösen wir diese Aufgaben, dann geben wir dem deutschen Arbeitsmenschen die verlorene Heimat wieder, dann festigen wir seine Existenz und erhellen seine letzten Lebenstage. Adolf Hitler ruft uns und alle Gutgesinnten. Wir folgen ihm, weil wir an Deutschland glauben:

Deutschland, Deutschland über alles!

Die Aufbauarbeit in Wirtschaft und Staat

In einer ausgedehnten Kabinettssitzung am 14. Juli 1933 beschloß die Reichsregierung tiefgreifende Maßnahmen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Es wurden eine Fülle bedeutsamer Gesetze verabschiedet, die alle den Aufbau in Wirtschaft und Staat zum Ziele haben.

Uns interessieren in erster Linie jene neuen Gesetze, die geschaffen wurden, um den Kampf gegen die große deutsche Not, gegen die Arbeitslosigkeit, mit allen verfügbaren Mitteln zu führen. Dazu zählen folgende Gesetze:

Änderung der Kartellverordnung und Errichtung von Zwangskartellen

Das Gesetz über die Änderung der Kartellverordnung sieht die Änderung der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 vor. Es wird folgende Bestimmung eingefügt: „Unbillig ist die Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit insbesondere dann nicht, wenn der Geschäftsbetrieb des Betroffenen von Personen geleitet wird, welche die im Geschäftsverkehr erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzen. Der Unzuverlässigkeit ist es gleich zu achten, wenn in dem Geschäftsbetrieb die Güter oder Leistungen, auf die sich die Maßnahmen beziehen sollen, zu Preisen angeboten oder verkauft werden, die unter Würdigung der Belange des Betriebes sowie der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls als volkswirtschaftlich ungerechtfertigt anzusehen sind und die Fortsetzung einer solchen Preisgebarung zu besorgen ist."

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Einwilligung des Vorsitzenden des Kartellgerichts zur Verwertung von Sicherheiten oder zur Verhängung von Sperren oder Nachteilen zu versagen ist, wenn diese Maßnahmen eine Gefährdung der Gesamtwirtschaft oder des Gemeinwohls enthalten oder die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit des Betroffenen unbillig einschränken. Dabei ist der Schwerpunkt auf den Begriff Unbilligkeit gelegt. Als unbillig wird auch Preisschleuderei oder Preiswucher angesehen.

Der Gesetzentwurf über die Errichtung von Zwangskartellen sieht vor, daß der Reichswirtschaftsminister zum Zwecke der Marktregelung Unternehmungen zu Syndikaten, Kartellen, Konventionen oder ähnlichen Abmachungen zusammenschließen oder an bereits bestehende derartige Zusammenschlüsse von Unternehmungen anschließen kann, wenn der Zusammenschluß oder Anschluß unter Würdigung der Belange der Unternehmungen sowie der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls geboten erscheint. Der Reichswirtschaftsminister kann insbesondere die Rechte und Pflichten der Mitglieder und die übrigen Rechtsverhältnisse der Zusammenschlüsse regeln, im Falle des Anschlusses von Unternehmungen an bestehende Zusammenschlüsse die Rechte und Pflichten der Mitglieder, auch abweichend von den vertraglichen Vereinbarungen, regeln und anordnen, daß Satzungsänderungen nur mit seiner Zustimmung zulässig sind. Es stehen ihm hinsichtlich der genannten Zusammenschlüsse Aufsicht und Eingriffsbefugnisse zu. Die durch die Ausübung der Aufsicht entstehenden Kosten tragen nach näherer Anordnung des Reichswirtschaftsministers die Beteiligten. Der Reichswirtschaftsminister kann auch Einigungsverhandlungen anordnen. Wenn die besonderen Bedürfnisse eines bestimmten Wirtschaftszweiges unter Würdigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls es geboten erscheinen lassen, kann der Reichswirtschaftsminister anordnen, daß innerhalb dieses Wirtschaftszweiges die Errichtung neuer Unternehmungen, sowie die Erweiterung des Geschäftsbetriebes oder die Leistungsfähigkeit bestehender Unternehmen für eine bestimmte Zeit unterbleibt oder von seiner Einwilligung abhängig ist. Er kann unter den gleichen Voraussetzungen auch den Umfang der Ausnutzung bestehender Betriebe regeln. Die Entschädigung durch das Reich wegen eines Schadens, der auf Grund dieser Maßnahmen entsteht, wird nicht gewährt. Der Reichsminister kann ferner bestimmen, daß derjenige, der den auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Bestimmungen zuwiderhandelt, vom Kartellgericht mit einer Ordnungsstrafe (Geldstrafe in unbeschränkter Höhe) bestraft wird.

Begründet wird diese Änderung damit, daß in einzelnen dieser Wirtschaftszweige der verschärfte Wettbewerb und die damit verbundene unwirtschaftliche Preisgestaltung die Gefahr der Vernichtung volkswirtschaftlich wertvoller Unternehmungen nahegerückt hat. Den Schaden würden in erster Linie die in diesen Betrieben beschäftigten Volksgenossen zu tragen haben. Daher muß der Staat unter Voranstellung des Gemeinwohls ordnend eingreifen können. Das Gesetz soll nicht die bestehende Wirtschaftsordnung beschränken, die auf Verantwortungsgefühl und der Initiative des Unternehmers beruht, sondern es soll mit großer Zurückhaltung nur dann von ihm Gebrauch gemacht werden, wenn die Privatwirtschaft nicht in eigener Entschließung durch Selbsthilfe den Weg aus den vorhandenen Schwierigkeiten findet.

Schaffung von Bauernhöfen

Die Schaffung von Bauernhöfen im gesamten Reichsgebiet ist Aufgabe des Reiches. Das Reich hat die hierfür unerläßliche Gesetzgebung. Zur Durchführung dieser Aufgabe kann sich das Reich der zuständigen Behörden der Länder bedienen. Diese haben den Weisungen des Reiches Folge zu leisten. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Sie kann dabei von den bestehenden reichs- und landesrechtlichen Vorschriften abweichen.

In der Begründung heißt es, daß aus lebensgesetzlichen Gründen die Volkserhaltung und -vermehrung und die Stärkung eines gesunden Bauerntums im ganzen Reichsgebiet eine zwingende Notwendigkeit ist. Diese für die Erhaltung des Volkstums lebenswichtige Aufgabe kann unter Beseitigung der bisherigen Hemmungen erfolgreich nur gelöst werden, wenn die bisher zersplitterten Zuständigkeiten in einer Reichsinstanz zusammengefaßt werden, die mit der Befugnis ausgestattet ist, den sämtlichen auf diesem Gebiete tätigen Stellen Weisungen zu erteilen.

Die gesetzlichen Maßnahmen werden sich sowohl auf die Organisation wie auf die Landbeschaffung, die Durchführung der Schaffung von Bauernhöfen und die Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse erstrecken.

Einschränkung von Maschinen in der Zigarrenindustrie

Diese Einschränkung soll in den deutschen Zigarrenindustriegebieten vielen Tausenden von Arbeitnehmern wieder Arbeit schaffen. Bisher wurden durch die Verwendung von Maschinen Tausende von Zigarrenarbeiter erwerbslos, ohne Aussicht, wieder in Arbeit und Brot zu kommen. Die Verordnung sieht vor, daß für einen Teil der Zigarrenindustrie Maschinen nicht mehr verwendet werden dürfen, und sieht ferner erhebliche Strafbestimmungen für Vergehen gegen diese Anordnung vor. Es werden vom Reichsminister der Finanzen noch Durchführungsverordnungen dazu erlassen.

Steuererleichterungen

Zum Gesetz über Steuererleichterungen gibt Staatssekretär Reinhardt vom Reichsfinanzministerium in der „NSK." beachtenswerte Erläuterungen: Er weist zunächst auf die Steuerfreihei für Ersatzbeschaffungen hin. Danach können die Anwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Maschinen, Geräten und ählichen Gegenständen des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals im Steuerabschnitt der Anschaffung oder Herstellung vom steuerpflichtigen Einkommen voll abgezogen werden, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind, insbesondere wenn die Anschaffung oder Herstellung des neuen Gegenstandes nach dem 30. Juni 1933 und vor dem 1. Januar 1935 erfolgt. Es ist bei der Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen nicht an Beschaffungen gedacht, die bestimmt sind, den Betrieb zu erweitern, sondern an solche, die bestimmt sind, die Betriebsanlagen zu verbessern, jedoch mit der Einschränkung, daß die Verbesserung nicht zu einer Minderbeschäftigung von Arbeitnehmern im Betrieb des Steuerpflichtigen führt.

Als steuerfreie Ersatzbeschaffungen gelten auch neues Schriftmaterial, Linienmaterial, Einfassungen und Füllmaterial.

Wichtig ist die Steuerfreiheit für einmalige Zuwendungen an Arbeitnehmer. Die Bestimmungen hierzu lauten:

1. Gewährt ein Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern einmalige Zuwendungen über den Betrag des vereinbarten Arbeitslohnes hinaus, so gelten diese Zuwendungen nicht als Einkünfte des Arbeitnehmers im Sinne des Einkommensteuergesetzes und nicht als Schenkungen im Sinne des Erbschaftssteuergesetzes, wenn sie in der Zeit vom 1. August 1933 bis 31. Dezember 1933 und in Form von Bedarfsdeckungsscheinen erfolgen. Bedarfsdeckungsscheine sind gegen Entrichung des entsprechenden Betrags bei den Finanzämtern erhältlich. Die Bedarfsdeckungsscheine berechtigen zum Erwerb von Kleidung, Wäsche und Hausgerät.

2. Die Steuerfreiheit nach Abs. 1 gilt nicht für Arbeitnehmer, deren vereinbarter Arbeitslohn mehr als 3600 M. jährlich beträgt.

Die Begründung für diese Bestimmung ist die folgende: Es gibt Unternehmer, die bereit sind, den Gedanken der Vermehrung der Nachfrage nach Gütern und somit der Vermehrung der Arbeit und der Verminderung der Arbeitslosigkeit dadurch fördern zu helfen, daß sie ihren Arbeitnehmern einmalige Zuwendungen über den Betrag des vereinbarten Arbeitslohnes hinaus gewähren. Solche einmaligen Zuwendungen sind dem geltenden Einkommensteuerrecht gemäß, lohnsteuerpflichtiger Arbeitslohn in der gleichen Weise wie laufender Arbeitslohn. Um den Gedanken der Unternehmer, in der bezeichneten Weise der Erhöhung der Nachfrage nach Gütern und der Verminderung der Arbeitslosigkeit zu dienen, zu stärken, wird durch das Gesetz über Steuererleichterungen bestimmt, daß einmalige Zuwendungen nicht lohnsteuerpflichtig und auch nicht schenkungssteuerpflichtig sind, wenn sie in der Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1933 und in Form von Bedarfsdeckungsscheinen erfolgen. Die Bedarfsdeckungsscheine können die Unternehmer bei den Finanzämtern gegen Barzahlung erwerben. Die Unternehmer verteilen diese Bedarfsdeckungsscheine an ihre Arbeitnehmer. Die Arbeitnehmer geben die Bedarfsdeckungsscheine aus für den Erwerb von Kleidung, Wäsche und Hausgerät. Und die Verkaufsstellen erhalten diese Bedarfsdeckungsscheine durch die Finanzämter in bares Geld umgetauscht, sobald sie diese zu dem Zweck den Finanzämtern vorlegen.

Die Folge der bezeichneten Steuererleichterung wird hoffentlich sein, daß recht viele Unternehmer ihren Belegschaften einmalige Zuwendungen in der Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1933 gewähren. Als solche einmaligen Zuwendungen gelten auch Weihnachtsgratifikationen, die in Anerkennung der Steuererleichterung hoffentlich in zahlreichen Fällen gewährt werden, insbesondere von solchen Firmen, die stark beteiligt sind an den Aufträgen, die in Auswirkung des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 in den nächsten Wochen und Monaten vergeben werden.

Erwähnenswert ist noch die Steuerfreiheit für neue Unternehmungen. Es gibt Volksgenossen, die sich mit der Entwicklung neuer Herstellungsverfahren und mit der Herstellung neuartiger Erzeugnisse befassen. Es kann im Einzelfall im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft gelegen sein, die Entwicklung eines solchen neuen Herstellungsverfahrens oder die Herstellung der neuartigen Erzeugnisse zu fördern.

Für den Fall, daß ein solches Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft gegeben ist, wird der Reichsminister der Finanzen durch § 3 des Gesetzes über Steuererleichterungen ermächtigt, Unternehmen, deren Zweck die Entwicklung der neuen Herstellungsverfahren oder die Herstellung neuartiger Erzeugnisse ist, auf eine Reihe von Jahren von den laufenden Steuern des Reichs und der Länder zu befreien, soweit es sich um Steuern vom Einkommen, vom Ertrag, vom Vermögen oder vom Umsatz handelt.

Ob ein überragendes Bedürfnis der gesamten deutschen Volkswirtschaft im Sinne des Gesetzes vorliegt, soll im Einzelfall durch den Reichsminister der Finanzen im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichsarbeitsminister bestimmt werden. Die Freistellung von Steuern soll nicht zu einem unmittelbaren Wettbewerb mit Unternehmen, die am 15. Juli 1933 in der deutschen Volkswirtschaft bereits bestanden haben, führen.

Das Gesetz über die Steuererleichterungen stellt eine Ergänzung und Fortsetzung des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 dar. Die Reichsregierung Adolf Hitler ist entschlossen, dem Gedanken der Vermehrung der Arbeit und somit der Verminderung der Arbeitslosigkeit in jeder Weise zu dienen, Die Durchführung des großen Werkes der Verminderung der Arbeitslosigkeit ist bereits in vollem Gang.

Es ist sicher, daß es gelingen wird, die Arbeitslosigkeit durchgreifend zu vermindern, wenn alle Volksgenossen und Volksgenossinnen sich in ihrem Denken und Handeln in die Richtung begeben, die die Reichsregierung Adolf Hitler durch ihre verschiedenen Gesetze vorzeichnet. Es ist den Unternehmern aller Zweige der deutschen Wirtschaft dringend zu empfehlen, sich auf Zunahme ihres Auftragsbestandes und auf bessere Ausnutzung ihrer Betriebsanlagen einzurichten, in jedem Fall auch so schnell wie möglich eine Ergänzung ihres Lagerbestandes herbeizuführen. Auch diese Einrichtung und diese Ergänzung des Lagerbestandes stellen sehr wesentliche Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung von Wirtschaft und Finanzen dar.

Die Verminderung der Arbeitslosigkeit und die Belebung von Wirtschaft und Finanzen führen zwangsläufig zu der Möglichkeit, die auf der deutschen Produktion ruhende Steuerlast allgemein durchgreifend zu senken und die Vereinfachung unseres gesamten deutschen Steuerwesens herbeizuführen.

Volk an der Arbeit!

Reichsminister Dr. Goebbels hielt am 16. Juli 1933 über alle deutschen Sender eine Rede im Rundfunk, mit der er einen Rechenschaftsbericht der Regierung Adolf Hitler gab. Er führte u. a. aus:

Adolf Hitler ist nun fast ein halbes Jahr an der Macht. Das von ihm geführte Reichskabinett hat am vergangenen Freitag in einer Dauersitzung von vormittags 11 bis nachts um 12 Uhr die letzten dringlichsten Gesetzentwürfe durchberaten und angenommen und damit den ersten Abschnitt der inneren Aufbauarbeit zu einem vorläufigen Abschluß gebracht.

Man braucht nicht zu übertreiben, wenn man behauptet, daß das Kabinett Hitler im vergangenen halben Jahr mehr an staatspolitischen Taten verwirklicht hat als alle anderen ihm vorangegangenen Regierungen im Verlauf der verflossenen 14 Jahre deutschen Niederbruchs und deutscher Schande.

Das Tempo der nationalsozialistischen Revolution war im Vollzug der Aktion geradezu atemberaubend. Die Unwerte des November sind mit einer Wucht und einer Durchschlagskraft ohnegleichen gestürzt und durch die neuen Werte einer nationalsozialistischen Lebensauffassung ersetzt worden. Die nationalsozialistische Bewegung hat sich, allein und auf ihr eigenes Recht zur Macht gestützt, siegreich durchgesetzt. Auf ihr ruht die zentrale starke Autorität, die in Hitlers Person vereinigt ist, und die von ihm und seinen Männern eingesetzt wird zur Durchführung der schweren, historischen Aufgaben, die unserer Zeit und unserer Generation gestellt sind.

Das Reich wird von einer Stelle aus regiert, und eine Sabotage seiner Aufbauarbeit kommt nirgendwo mehr in Frage.

Daß Hitler den Parteienstaat überwand und das ganze deutsche Volk in einem Willen und in einer Tatbereitschaft zusammenschloß, das ist vielleicht die größte historische Leistung der vergangenen sechs Monate.

Für die Erneuerung nach dem 40. Lebensjahr gilt § 1283 Abs. 3, der lautet:

Hat der Versicherte das 40. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur auf, wenn er vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Beitragsmarken verwendet hatte und danach eine neue Wartezeit von 500 Beitragswochen zurücklegt.

Diese Vorschrift findet nur Anwendung, wenn das Versicherungsverhältnis durch freiwillige Beitragsleistung erneuert wird. Ist der erste Beitrag ein Pflichtbeitrag, findet Abs. 1 Anwendung. Es genügen dann, wenn der erste Beitrag ein Pflichtbeitrag war, zum Wiederaufleben nur noch freiwillige Beiträge. Werden zuerst freiwillige Beiträge entrichtet, ändert sich die Rechtslage nicht, auch wenn anschließend Pflichtbeiträge entrichtet werden. Mit ihnen kann aber eine neue Wartezeit gemäß § 1278 RVO. erreicht werden, ein Wiederaufleben der Wartezeit ist aber noch nicht erreicht.

B.

Wo ein Wille, da ein Weg!

Heraus aus der Arbeitslosigkeit!

Mit einem ungeheuren Schwung hat der Führer der nationalen Erhebung den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit begonnen. Tat auf Tat folgte. Wie groß das bisher Geleistete ist, das beweisen die sensationellen Berichte von der Genfer Arbeitskonferenz. Kein Volk der Welt hat eine Regierung, die bis jetzt auch nur ähnliche Erfolge verzeichnen kann.

Unserem Führer war klar, daß die Gelder zur Arbeitsbeschaffung nicht aus steuerlichen Belastungen geschaffen werden können. Neue Wege mußten beschritten werden. Der Opferwille des einzelnen und das Fühlen und Denken als Volksgemeinschaft sollen dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der nationalen Regierung das wichtigste Fundament sein. Keiner darf sich ausschließen. Die NSDAP. hat im Rahmen dessen eine Geldlotterie aufgelegt, die mithelfen soll, Volksgenossen, die seit Jahren vergeblich nach Arbeit suchen und denen das Wort Arbeitslohn bereits fremd geworden war, wieder in den Rhythmus der Arbeit einzuschalten und sie zu Lohnempfängern statt Unterstützungsberechtigten zu machen. Jeder national Gesinnte muß durch Kauf von Losen die Arbeitsbeschaffungslotterie mit besten Kräften fördern. Von dem ideellen Zweck der Lotterie abgesehen, bietet sie auch einen noch nie dagewesenen Gewinnplan. 200 000 M. ist der Höchstgewinn auf ein Doppel-Los, 100 000 M. auf ein Einzel-Los; fast 300 000 Gewinne — 1,5 Millionen M. — werden ausgelost. Jeder Losbesitzer darf das stolze Bewußtsein haben, auch sein Scherflein dazu beigetragen und mitgeholfen zu haben, das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit aus unserem Vaterlande zu bannen.

Wer nimmt Bedarfsdeckungsscheine der Ehestandsdarlehen in Zahlung?

Der Reichsminister der Finanzen hat Richtlinien für die Gemeindebehörden zum Gesetz über Förderung der Eheschließungen erlassen. Diese Richtlinien enthalten auch die Bestimmungen, nach denen die Gemeindebehörden bei der Zulassung von Verkaufsstellen, die zur Entgegennahme von Bedarfsdeckungsscheinen der Ehestandsdarlehen bereit sind, zu verfahren haben.

Zuzulassen sind danach nur solche Verkaufsstellen, die Möbel oder Hausgerät verkaufen. Unter Hausgerät sind alle Gegenstände zu verstehen, die mit Ausnahme von Kleidung und Wäsche zur Einrichtung eines Haushaltes dienen. Als zulassungsfähige Verkaufsstellen kommen nicht nur offene Ladengeschäfte in Betracht, sondern auch solche Schreinereien und Handwerksbetriebe, die offene Ladengeschäfte nicht unterhalten, also insbesondere jeder Handwerksmeister. Außer Schreinereien und sonstigen Unternehmen des Handwerks kommen als zulassungsfähig die Verkaufsstellen des mittelständischen Einzelhandels in Betracht.

Programm

der

National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei

Das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1 Wir fordern den **Zusammenschluß aller Deutschen** auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2 Wir fordern die **Gleichberechtigung des deutschen Volkes** gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St.-Germain.

3 Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur **Ernährung unseres Volkes** und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4 **Staatsbürger** kann nur sein, wer **Volksgenosse** ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5 **Wer nicht Staatsbürger ist,** soll **nur** als **Gast** in Deutschland leben können und muß unter Fremden-Gesetzgebung stehen.

6 Das Recht, über **Führung** und Gesetze **des Staates** zu bestimmen, darf **nur** dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf **Charakter** und **Fähigkeiten.**

7 Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, **in erster Linie** für die **Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger** zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die **Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren,** so sind die Angehörigen fremder Nationen **(Nichtstaatsbürger)** aus dem Reiche **auszuweisen.**

8 Jede **weitere Einwanderung Nichtdeutscher** ist zu **verhindern.** Wir fordern, daß alle Nichtdeutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9 Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10 Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten zum Nutzen aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11 **Abschaffung des arbeits- und müheloſen Einkommens. Brechung der Zinsknechtschaft.**

12 Im Hinblick auf die ungeheueren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, **muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke** bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13 Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts).

14 Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15 Wir fordern einen **großzügigen Ausbau der Altersversorgung.**

16 Wir fordern die Schaffung **eines gesunden Mittelstandes** und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Großwarenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder und Gemeinden.

17 Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und **Verhinderung jeder Bodenspekulation.**

18 **Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen,** ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

Der Weg zu deutscher Druckgestaltung

Schluß.

Die Absichten ausländischer Schriftkünstler sind unserem Deutschtum nicht gemäß. Schriften wie solche des französischen Künstlers Cassendre u. z. seine „Bifur" und „Double Bifur" atmen zu sehr gallischen Geist, als daß sie für uns Geltung haben könnten. Gerade weil die lateinische Schrift als die internationale Schrift der Zukunft hingestellt wurde, ist es Ehrenpflicht, die deutsche Schrift als unsere Nationalschrift heute betont in den Vordergrund zu stellen.

Bei der Ausscheidung von Formideen, die deutsche Sonderart gefährden, kann man auch an der in den letzten Jahren so stark propagierten Kleinschreibung nicht vorübergehen. Es liegt durchaus kein zwingender Grund vor, sich der Groß- und Kleinschreibung, dieses typisch deutschen Charakteristikums, zu entäußern. Es sollen hier nicht die vielen Gründe für und wider erneut aufgezählt werden. Aber es sei festgestellt, daß die Großbuchstaben charakteristisch für die deutsche Schrift sind, sie bedeuten vielfach den schönsten Schmuck einer Drucksache an sich. Man vergegenwärtige sich nur den Reichtum und das herrliche Formenspiel gotischer Versalien. Der Wechsel zwischen den breit ausladenden Versalien und den wesentlich engeren Gemeinen verleiht der deutschen Schrift einen starken, lebendigen Rhythmus.

Es kümmert uns nicht, ob das englische Satzbild angeblich besser aussieht als das deutsche, weil es keine groß geschriebenen Hauptwörter kennt. Die spitzfindig ausgeklügelten Vorteile für die Volkswirtschaft, ferner Gedächtnisentlastung (Zugeständnis an Minderbegabte) usw. brauchen uns nicht zu einer Maßnahme zu veranlassen, die sich in ihren Folgen verheerend auswirken würde. „Nationalität auch in der Internationalität" zu bewahren, ist das Gebot der Stunde.

Fremd, kalt, abstrakt, phantastisch wirken auch zahlreiche Erzeugnisse der „elementaren Typographie". Die Gestaltungsweise der elementaren oder reinen Typographie wurde von der „absoluten" Malerei und den Dadaisten beeinflußt, mit deren Arbeit die frühesten elementaren Drucksachen auffallende Ähnlichkeit besaßen. Neue Typographie ist gleichbedeutend mit Beschränkung auf die Zweckform des Unumgänglichen. Das erscheint als Vorzug, gegen den sich aber doch alles mögliche einwenden läßt, vor allem das Fehlen jeglichen Stimmungsgehaltes. Die Leere wirkt gesucht, unbefriedigend, oft geradezu unerträglich. Das mathematisch Gefügte, Geradlinige paßt nicht zu allem. Die Drucksache, oder richtiger gesagt, viele Drucksachen gehören kraft ihrer Bestimmung zu den Dingen, bei denen bloße Zweckbetonung keinesfalls genügt. Die elementare Typographie vermochte darum gewisse Aufgaben, die mehr das Festliche, Reiche, Dekorative zu bieten hatten, nicht zu erfüllen. Die gesamte Typographie dieser Art als Ausfluß einer bis aufs höchste gesteigerten Nur-Zweckmäßigkeit und Sachlichkeit war eine Überspitzung, die sich die Grenzen zu eng gesteckt hatte. Zudem wurde sie mit der Zeit zu uniform und ließ jede Persönlichkeitsprägung, jede individuelle Note vermissen; aber das war ja einer ihrer Hauptgrundsätze.

Wir sind heute ernüchtert und übersättigt (es klingt paradox) von der Leere elementarer Typographie, von dem glatten Gestänge der Linien, von der erkältenden Gefühlsleere der ganzen Satzweise, die längst in sich erstarrt und verkalkt ist. Dennoch soll nicht bestritten werden, daß die letzten Jahre vereinzelt recht interessante Drucksachen erstehen ließen, die sowohl durch harmonische Verteilung der Massen, durch disziplinierte Schriftaufteilung und abgeklärte Ruhe bestachen. Sie werden aufschlußreiche Dokumente der Übergangszeit zum nationalen deutschen Stil der Zukunft sein, der sich auf der Plattform glatter Zweckformen erheben soll.

Und der Schmuck? Ist der Schmuck wirklich etwas so Verfemtes, hat nicht die fruchtbare Periode der Gotik den Schmuck gemeistert und herrliche, unvergängliche Werke geschaffen? Man will es nicht fassen, daß man vor wenigen Jahren ernsthaft über die „Schmuckwirkung" einer fettfeinen Linie disputierte und sie ebenso wie das harmloseste Sternchen als „Ornament" verwarf. Desgleichen lehnte man die Farbe als Schmuckmittel ab (!!). Eine geradezu krankhafte Furcht vor dem ††† Ornament hat die Vertreter der elementaren Typographie gekennzeichnet, daher waren ihre Erzeugnisse auch an Stimmungsmangel, geistiger Leere und Phantasielosigkeit oft nicht mehr zu überbieten. Viele Drucksachen fordern aber einen festlichen, stimmungsvollen, reichen Eindruck. In solchen Fällen muß zum Schmuck gegriffen werden. Eine echte deutsche Volkskunst wird auch der Typographie die Motive liefern. Freilich ist die Rückständigkeit Deutschlands auf dem Gebiete großzügiger Pflege der heimatlichen Volkskunst bekannt. Wertvoll für die Hebung deutscher Art und Geschmacksbildung sind die in Berlin unbeachtet in Kellermagazinen aufgestapelt liegenden „Sammlungen für deutsche Volkskunst", die viele Beispiele deutschen Kunstgewerbefleißes, nämlich gestickte Kleidungsstücke, Holzschnitzereien, Schmuck, Möbel, kurz deutsches Schaffensgut in reicher Fülle enthalten.

Vignetten sind oft unentbehrliche bildliche Motive, Symbole und Embleme für alle möglichen Dinge und Geschehnisse. Der Buchdrucker hat sich solche aus Punkten und Linien gesetzt, als es unzeitgemäß wurde, gezeichnete Vignetten zu verwenden. Er hat zum Unterdruck gegriffen und

19 Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltanschauung dienende römische Recht durch **ein deutsches Gemeinrecht.**

20 Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne der Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.

21 Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine.

22 Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23 Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß

a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen;

b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden;

c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten wird, und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung einer solchen Zeitung sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nichtdeutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24 Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25 Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzustehen.

München, den 24. Februar 1920

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Hauptgeschäftsstelle München, Brienner Straße 45

Braunes Haus

Anmerkung:

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

„Da die NSDAP. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulations-Gesellschaften."

München, den 13. April 1928 gez. **Adolf Hitler**

Im Anschluß an diese Veröffentlichung des nationalsozialistischen Parteiprogramms werden wir demnächst dazu übergehen, die Grundgedanken des Programms zu erläutern und sie dem Verständnis unserer Leser näherzubringen.

Nicht zuzulassen sind: a) Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Konsumvereine, Werkkonsumanstalten, Auktionatoren und Unternehmen, die diesen gleichgeartet sind; b) alle Verkaufsstellen, deren Inhaber nicht arischer Abstammung sind; c) die Verkaufsstellen, deren Inhaber nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie sich jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einsetzen.

Altwarenhändler dürfen nur dann zugelassen werden, wenn sie auch neue Waren verkaufen. Fabrikgroßbetriebe, die keine offenen Verkaufsstellen unterhalten, dürfen als Verkaufsstellen nicht zugelassen werden, wenn sich am Sitz des Fabrikgroßbetriebes in genügendem Maß Schreinereien, sonstige Unternehmen des Handwerks oder Verkaufsstellen des mittelständischen Einzelhandels befinden.

Bei der Zulassung muß vermieden werden, daß von Verkaufsstellen, bei denen die gleichen Voraussetzungen für die Zulassung vorliegen, die einen zugelassen werden und die anderen nicht. Vor der Zulassung haben sich die Verkaufsstellen schriftlich zu verpflichten, auf Bedarfsdeckungsscheine nur deutsche Erzeugnisse zu verkaufen. Altwarenhändler, die als Verkaufsstellen zugelassen werden wollen, haben sich außerdem zu verpflichten, auf Bedarfsdeckungsscheine keine Altwaren abzugeben, sondern nur neue Waren.

Die Zulassung kann von der Gemeindebehörde jederzeit ohne Angabe der Gründe widerrufen werden. Die Zulassung muß in den folgenden Fällen widerrufen werden: 1. wenn sich nachträglich herausstellt, daß die Zulassung zu Unrecht erfolgt ist; 2. wenn festgestellt wird, daß die Verkaufsstelle gegen die abgegebene Verpflichtung, auf Bedarfsdeckungsscheine nur deutsche Erzeugnisse und nur neue Waren zu verkaufen, verstoßen hat; 3. wenn bekannt werden sollte, daß die Verkaufsstelle Preise verlangt, die auf eine allgemeine Preissteigerung abzielen. Die erhöhte Nachfrage darf nicht als Anlaß zu einer allgemeinen Preissteigerung geduldet werden.

Die Zulassung als Verkaufsstelle hat die Wirkung, daß die zugelassene Verkaufsstelle nicht nur an Empfänger von Ehestandsdarlehen, die am Sitz der Verkaufsstelle wohnen, sondern auch an auswärts wohnende Empfänger von Ehestandsdarlehen Waren verkaufen darf.

Fachtechnisches Können als Fundament des Gewerbes

Die neue nationale Staatsführung, die sich naturgemäß erst in den Anfangsstadien des Aufbaues einer gesunden Volkswirtschaft befinden kann, verneint mit Recht das ausschließliche Primat der Wirtschaft und will dessen vorwiegend kapitalistische Tendenz durch ein vernünftiges, volksverbindendes und soziales Zusammenwirken von Kopf- und Handarbeit ersetzen. In diesem Willen zeigt sich das Wirken des menschlichen Geistes in kulturell höher führendem Zielstreben, das keine Rechte ohne Pflichten anerkennen will. Auf diesem Boden kann in Zukunft nur bestehen und aufwärts kommen, wer sich nicht mehr in erster Linie nur auf materiellen Besitz und Erwerb stützen möchte, sondern durch eigene persönliche Leistung und Pflichterfüllung gegenüber Staat und Volk ein wohlbegründetes Recht darauf erworben hat.

Das gilt für alle Stände und Berufe; insbesondere für alle Glieder des deutschen graphischen Gewerbes. Denn es gibt und gab seit Erfindung und Einführung der schwarzen Kunst wie aller anderen Vervielfältigungsverfahren wohl nur wenige andere Berufe oder Handwerkszweige, die von den geistigen Strömungen und Umwälzungen der menschlichen Gesellschaft im kleinen wie im großen so abhängig waren und sind, wie die Jünger Gutenbergs, Senefelders usw. Ob es sich bisher um Fortschritt oder Rückschritt, um Revolutionen oder Evolutionen in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Dingen handelte, das graphische Gewerbe ist als Vermittler von Freund oder Gegner aller dieser Strömungen im Ringen der Menschen, im Kampf ums Dasein innerhalb eines jeden Kulturvolkes immer in Anspruch genommen worden und steht auch jetzt wieder sozusagen im

---

so jene schmückende Note in sein Werk zu legen versucht, die ausschließlich mit Schrift unmöglich war. Das Gebiet der Symbolik und Emblematik erstreckt sich über alle Gebiete des menschlichen Lebens und Schaffens, und über Jahrhunderte hinweg hat die Vielheit ihrer Darstellungen Teppiche, Möbel, Goldschmiedearbeiten, aber auch Buchdeckel und Buchtitel beherrscht sowie den Seitenumrandungen tiefen Gedankeninhalt gegeben. Nur in den letzten Jahren glaubte man restlos auf sie verzichten zu können. Waren aber die Photographien etwas anderes als Vignetten, Illustrationen zur Verständlichmachung und Symbolisierung des Inhalts?

Was ist also zu tun, um die Voraussetzungen für das Werden einer deutschen Typographie zu schaffen? Man sagt mit Recht: „Ein Stil kann nicht bewußt geschaffen werden, sondern entsteht von selbst aus dem schöpferischen Gestaltungswillen seiner Zeit, und er muß tief im kulturellen Leben verwurzelt sein, wenn er über Modisches hinaus einer ganzen Epoche formhaften Ausdruck geben soll." (Prof. H. Wieynck.) Die Richtigkeit dieser Worte ist nicht zu bestreiten; daraus ergibt sich aber, daß, sobald alle Fremdideen ausgeschaltet, alles Undeutsche, das künstlich von außen her in die deutsche Typographie hineingetragen wurde, entfernt ist, der Boden für eine deutsche Typographie bereitet ist. Was ist also zu fordern?

1. Weitgehende Bevorzugung der deutschen Schrift. Die Schrift sei Ausdrucksform des Inhalts. Als Wahrzeichen deutschen Volkstums sind die deutschen Schriften (Gotisch, Schwabacher, Kanzlei und Fraktur) in vielen Fällen unvergleichlich besser zur Beschriftung geeignet als lateinische Schriften oder Grotesk-schriften. Sie vereinigen Schönheit und Reichtum der Formen, Rhythmus, lebendigen Ausdruck und deutsches Empfinden in glücklichster Weise. Deutsche Schlagwortzeilen werden innerhalb lateinischer Gesamtbeschriftung von starker, gefühlsbetonter Wirkung sein.

2. Lebendige, persönliche Satzgestaltung. Sie ergibt sich folgerichtig aus dem Charakter der gewählten Schrift (strenge gefügte Satzweise bei Antiqua- und Groteskschriften; frei aufgelöste bei deutschen Schriften und Kursiven); ferner aus der Zweckbestimmung der Drucksache und der persönlichen Einstellung des Gestaltenden. Keine Rücksichten, keine Vorschriften und keine zu weit gehende Normung dürfen die schöpferische Eingebung der Einzelpersönlichkeit zugunsten einer kollektivistischen Auffassung beengen. Mittelachsengruppierungen und asymmetrische Satzweise, auch beide vereint, Gerade- und Schrägstellung, positive und negative Schriftzeilen, kurz alle Ausdrucksmöglichkeiten sind heranzuziehen, um aus dem einseitigen Schematismus der elementaren Typographie zu einer lebendigen deutschen Drucksachengestaltung zu gelangen.

3. Zurück zum Schmuck! „Zweckbetont" wurde nur irrtümlicherweise mit „schmucklos" identifiziert. Bei vielen Drucksachen bedeutet aber bloße Zweckgestaltung, also Beschränkung auf die notwendige Beschriftung einen Mangel an Gefühlsinhalt und Stimmung.

a) Ornamente, der deutschen Umwelt entnommen, dem Zeitgeschmack angepaßt, sparsam im Gebrauch, organisch in der Eingliederung, symbolhaft die Wesenheit der Drucksache unterstreichend, sind als stimmungschaffende Elemente gegebenenfalls zu verwenden.

b) Vignetten (Embleme, Sinnbilder usw.) sind unentbehrliche Hilfsmittel zur Symbolisierung und Inhaltsvertiefung von Drucksachen. Sie haben die gleiche Daseinsberechtigung wie Photos, Bildsatzvignetten oder Fabrikmarken u. dgl.

c) Farben sind nicht allein als Kennzeichen und Werbemittel, sondern in betonterem Maße als bisher als Schmuckmittel in den Dienst der Drucksachengestaltung zu stellen.

4. Verzicht auf Kleinschreibung. Die von bestimmten Kreisen angestrebte Kleinschreibung bedeutet in hohem Maße Anpassung an fremdländische Schreibweise, also Preisgabe deutscher Sonderart. Bedenkt man den Reichtum an Schönheitswerten, der den Großbuchstaben innewohnt, ferner den die Leserlichkeit steigernden Wechsel von Groß- und Kleinbuchstaben, so ergibt sich, daß aus völkischen und ästhetischen, nicht zuletzt aus volkswirtschaftlichen Gründen (Abschaffung der Großbuchstaben ist gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit vieler Stempelschneider, Justierer, Schriftgießer usw.) die Einführung der Kleinschreibung nicht in Frage kommt.

Wir brauchen heute Wegbereiter, die aus starkem nationalem Gefühl heraus schaffen. Alle aufbauwilligen Kräfte müssen sich der großen Aufgabe der Gegenwart, nämlich die Begriffe und Formen unseres Volkstums neu zu gestalten, unterziehen und unsere Kultur von Fremdideen befreien. Das deutsche Volk kann der Mithilfe der Gesamtheit deutscher Schriftsteller und deutscher Künstler nicht entraten. Es gibt viele, auf denen immer noch lähmend das Geschehen lastet oder die noch abseits stehen, weil sie sich aus der ihnen gewohnten Anschauungswelt gerissen sehen.

Aus dem großen nationalen Erleben der Gegenwart heraus wird sich eine alle Lebensäußerungen durchdringende deutsche Kultur herausbilden, die der deutschen Sonderart und der deutschen Gefühlswelt Rechnung trägt. Kann die neue Drucksachengestaltung gleichfalls anders sein als zeitbedingt, umweltverbunden, also von der uns umgebenden Natur ausgehend, dabei verinnerlicht und gefühlsbetont, über bloße Zweckformen hinausgehoben, mit einem Worte „deutsch"?

Leipzig. Rudolf Engel-Hardt.

Brennpunkt der neuzeitlichen politischen Entwicklung des deutschen Volkes. Aufstieg oder Abstieg des gesamten Gewerbes ist mit allen Phasen der Gestaltung oder Entfaltung unserer Volkskräfte unlösbar verbunden.

Aber nicht nur im allgemeinen und als Ganzes gesehen, auch für jeden einzelnen Gewerbeangehörigen sind diese Zusammenhänge und Rückwirkungen von schicksalhafter Bedeutung. Denn der größte Teil aller Erzeugnisse des graphischen Gewerbes, wie Bücher, Zeitungen, Zeitschriften und alle sonstigen Übertragungen menschlicher An- und Absichten durch druckschriftliche Vervielfältigungen, ergibt sich ja in der Regel in unserm Gewerbe nicht nur aus einfacher Hand- oder Maschinenarbeit. Mehr oder weniger besondere geistige Überlegung bezüglich des Arbeitsprozesses selbst, wie auch je nach dem Inhalt der Druckschriften ist nie ganz zu vermeiden. Mag es im Einzelfalle infolge der Teil- und Hastarbeit im gesamten Produktionsprozeß auch nur wenig sein, was im subjektiven Sinnen und Trachten unserer Berufskollegen von den unzähligen Geistesprodukten unserer Vorfahren oder Zeitgenossen aus der beruflichen Arbeitsleistung heraus haften bleibt, so genügt dessen Summierung doch, um alle Angehörigen des graphischen Gewerbes in eine engere Verbindung mit fast unerschöpflichem geistigem Ringen und Streben zu bringen und sie in ihrem eigenen Denken mehr oder weniger zu beeinflussen.

Diese berufliche Gebundenheit an geistiges Schaffen und Ringen aller Stände und Erwerbsschichten zwingt die graphischen Arbeiter, insbesondere die Buchdrucker wie überhaupt die fachtechnisch wichtigeren Berufsgruppen dieses Gewerbes, zu schärferem realpolitischem Denken überhaupt. Das drückte auch ihrer bisherigen gewerkschaftlichen Entwicklung einen eigenartigen Charakter auf, der die neuzeitliche Eingliederung in einen einheitlichen Aufbau aller deutschen Gewerkschaften wesentlich komplizierter gestaltet als in vielen anderen Gewerkschaften. Schon im Jahre 1848 wurde im Statut der „Deutschen National-Buchdrucker-Vereinigung" die berufliche Fortbildung als wichtigstes Mittel zur kulturellen Höherführung der Arbeiterschaft als Richtlinie aufgestellt. Der gleichen realpolitischen Erkenntnis hat auch der verhältnismäßig starke Aufbau der Unterstützungseinrichtungen der Buchdruckerverbände gedient. Diese und ihre beruflichen Fortbildungseinrichtungen gaben allen graphischen Arbeiterorganisationen von allem Anfange ein besonders stabiles Gefüge, stützten das persönliche Selbstbewußtsein ihrer Mitglieder und ihren kollegialen Zusammenhalt mit dem Erfolge, daß die deutschen graphischen Arbeiter die ersten wurden, die in beruflichen Arbeits- und Lohnfragen ein Mitbestimmungsrecht erringen konnten, schon lange bevor ein solches auf staatlicher oder gesetzlicher Grundlage auch nur annähernd gesichert werden konnte.

Wie tief im graphischen Gewerbe das Verlangen nach allgemeiner und beruflicher Fortbildung verwurzelt ist, zeigt sich besonders in der engen organisatorischen Anpassung dieses Strebens an die jeweilige technische Entwicklung. Denn fast alle technischen Erfindungen und Verbesserungen brachten schon seit Jahrzehnten wohl eine rapide Erweiterung der Druckträgerherstellung und der vielfältigen Druckverfahren, keineswegs aber eine Vereinfachung der technischen Anforderungen an die einzelnen Berufsgruppen. Die meisten technischen Neuerungen verursachten eine konzentriertere Fachspezialisierung mit entsprechend schnelleren und komplizierteren Einzelleistungen. Diesen Bedürfnissen fachtechnischer Umwälzungen suchten sich besonders die Buchdrucker mit größter Beweglichkeit und Hingabe anzupassen. Ihre Schulungseinrichtungen und -ergebnisse sind vorbildlich.

Auf alle Fälle wird die fachtechnische Fortbildungsarbeit auch in Zukunft als fruchtbarer Boden für alle diese Sparten unter zentraler Leitung mit zweckmäßiger Verantwortlichkeit der Verbandsleitung gegenüber jedem ernstlich vorwärtsstrebenden Kollegen gute Dienste leisten. Denn wenn auch die zukünftige Tarifgestaltung sich von der bisherigen juristisch-verkalkten Form grundsätzlich im Sinne der neuen Staats- und Wirtschaftsführung unterscheiden wird, so wird sie doch nicht über den Wolken schweben. Sie wird in den fachtechnischen Sparten ihre sachverständigen Informationsquellen zu finden wissen und sie der neuzeitlichen Gestaltung des Arbeitsprozesses dienstbar zu machen verstehen. Dies um so mehr, als die zukünftige Betriebsführung auch im graphischen Gewerbe in erster Linie von beruflicher Qualifikation und nicht mehr ausschlaggebend von finanziellen Machtverhältnissen abhängig sein wird.

Völlig verfehlt wäre es daher, wenn sich da oder dort die Ansicht einnisten würde, daß sich die zukünftige Gestaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen mehr nach allgemeinen als beruflichen Anforderungen richten würde. Es wird vielmehr auch in Zukunft damit zu rechnen sein, daß die in ihren Grundlagen zwar einheitliche Tarifgestaltung durch die Treuhänder der einzelnen Wirtschaftszweige nicht ohne weitgehende Berücksichtigung besonderer beruflicher Voraussetzungen und deren Erfüllungsmöglichkeit auf Unternehmer- wie Arbeiterseite vor sich gehen und durchgeführt werden wird. Das fachtechnische Untermauern persönlicher Leistungsfähigkeit wird daher auch in Zukunft für jeden deutschen graphischen Arbeiter, ob in Kontor oder Werkstatt, unerläßliche Voraussetzung jeder sicheren wirtschaftlichen Grundlage sein. Denn mehr noch als je zuvor wird berufliche Tüchtigkeit jedes einzelnen Kollegen und Mitarbeiters bis hinauf zur Spitze der Betriebsleitungen der sicherste Schlüssel zu wirtschaftlicher und kultureller Höherentwicklung des gesamten graphischen Gewerbes wie jedes einzelnen Berufs- und Volksgenossen auch im neuen Staate sein und bleiben! Auch in dieser Richtung wurzelt Autorität der Persönlichkeit auf die Dauer nur in überragendem Können als der Krone eines gesunden und vernünftigen Willens. Kdfr.

Korrespondenzen

Breslau. Am 24. Juni feierte der Deutsche Arbeiterverband des graphischen Gewerbes, Bezirk Breslau, das Johannisfest verbunden mit dem 60jährigen Ortsjubiläum in sämtlichen Räumen der schönen Anlagen „Wappenhof" in Morgenau. Das Fest wurde eingeleitet durch mehrere Musikstücke, die von dem verstärkten Wappenhof-Konzertorchester unter Leitung des Kapellmeisters Henschel künstlerisch gut ausgeführt wurden. Um 17 Uhr wurde das ungekürzte Wappenhof-Varieteprogramm geboten, das in seiner volkstümlichen Art bei allen Anwesenden Anklang fand. Ehe es endgültig beendet wurde, erfolgte nach einer kurzen Begrüßung durch den Stellvertreter des erkrankten Verbandsbezirksleiters, Pg. Zimpel, eine Ansprache des Pg. G. Neugebauer, M. d. R. Dieser wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß es für die nationalsozialistische Bewegung nur eines gebe: Entweder man ist für sie, oder man ist gegen sie! Er rügte die schlechte Beteiligung der Verbandsmitglieder an der Demonstration, die aus Anlaß der schamlosen Behandlung der deutschen Arbeiterdelegation in Genf stattgefunden hatte. Der deutsche Arbeiter solle das Vertrauen zur Organisation zurückfinden. Wenn auch heute vielleicht der eine oder der andere Betriebs- oder Hauskassierer versucht, die Anordnungen zu boykottieren, so ist dafür ja nicht das einzelne Mitglied verantwortlich zu machen; aber es werden Mittel und Wege gefunden werden, derartige Boykottabsichten unmöglich zu machen. Nach einem dreifachen „Sieg Heil" auf den Volkskanzler Adolf Hitler fand die Ansprache unter Absingen der ersten Strophe des Deutschlandliedes und der letzten Strophe des Horst-Wessel-Liedes ihren Abschluß. Dann spielte die Kapelle weiter unermüdlich Stück für Stück bis 19 Uhr, worauf das Varieteprogramm ungekürzt wiederholt wurde. Um 20¼ Uhr fand der eigentliche Festakt statt, eingeleitet von zwei Musikstücken. Die Festrede, die von Pg. Köhler gehalten wurde, fand starken Anklang. Anschließend an diese Rede fand ein Festessen statt, an dem alle Jubilare teilnahmen. Nach einigen Vorstellungen fand der offizielle Teil des Programms seinen Abschluß. Die Beteiligung an diesem Fest war stark, die Stimmung lebhaft und vorzüglich bis zum Schluß. Man kann sagen, daß diese erste Veranstaltung, die unter der Fahne Schwarz-Weiß-Rot und unter dem Hakenkreuzbanner stand, vollkommen gelungen ist und jedem noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Diessen a. A. (Buchdrucker). Der ehemalige Gutenberg-Bund, der nun auch in den Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes eingeschaltet ist, hielt am 9. Juli im Nebenzimmer des Gasthofes „Maurer-Hansl" eine gutbesuchte Versammlung ab, mit der eine Ehrung des verdienten Kassierers, Franz Stengl, für 25jährige Zugehörigkeit zur Berufsorganisation verbunden war. Kollegen aus Augsburg, Landsberg und Weilheim sowie Kollegen des ehemaligen Graphischen Zentralverbandes waren zu dieser schlichten Feier erschienen, die der Ortsleiter, H. Adam, herzlich begrüßte. Kollege H. Taupp (München) übermittelte die Glückwünsche, gedachte in seiner Ansprache, die in ein dreifaches Hoch auf den Jubilar und das deutsche Vaterland ausklang, der langjährigen aufopfernden Tätigkeit des Kollegen Stengl und bat letzteren, auch in der Deutschen Arbeitsfront zum Wohle der Kollegenschaft mitzuarbeiten. Darauf überreichte er ihm die silberne Ehrennadel, wofür der Jubilar in bewegten Worten seinen herzlichsten Dank zum Ausdruck brachte.

Freising. In der sehr gut besuchten Versammlung am 2. Juli konnte Kreisleiter Trost den Verbandsbezirksleiter Pflug, Finanzwart Roß und Fachschaftswart der Hilfsarbeiter Winkler aus München begrüßen. Nach Einleitungsworten des Kreisleiters gab Fachschaftswart Winkler als alter Kämpfer einen Rückblick über die Entwicklung der nationalen Erhebung. Sodann brandmarkte er die Geschäftsführung des Graphischen Hilfsarbeiterverbandes. Anschließend führte Verbandsbezirksleiter Pflug aus, der Nationalsozialismus sei für den Schaffenden und werde dem Arbeiter wieder zu Ehre und Recht verhelfen. Eine Reinigung der Gewerkschaften sei unerläßlich gewesen. Die neue Arbeiterfront werde sich in 14 Arbeiterverbände gliedern; der Aufbau des Verbandes erfolge nach dem Führerprinzip. Die einzelnen Fachschaften bilden den Verband. Nach der Einreihung der christlichen und anderer Verbände in diese Front werden auch die Unorganisierten sich einfügen müssen. Für den Unternehmer gibt es Rechte, aber auch Pflichten; in Streitfällen werden die Standesgerichte entscheiden. Wenn jeder Schaffende ehrlich mitzuarbeiten gewillt ist, dann wird auch dieses große Werk des Wiederaufbaues gelingen. Mit dem Appell an alle, ehrlich mitzuarbeiten, schloß der Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Finanzwart Roß gab Aufklärung über Beitragszahlung, Kassenführung, Nachzahlung von Resten usw. Als Fachschaftswarte wurden bestellt: Buchdrucker: Peißl, Buchbinder: Enghofer, Hilfsarbeiter: Sittenauer; Bildungswart: Oberhofer, Verbandsortsleiter: Trost, Finanz- und Kassenwart: Bähner. Als Spende für die nationale Arbeit wurde vorgeschlagen, 5 Proz. des Lohnes zu zeichnen. Mit einem dreifachen „Sieg Heil" auf unseren Volkskanzler Adolf Hitler fand die Versammlung ihren Abschluß.

Konstanz (Buchdrucker). Die zum 10. Juni in den „Brauhof" einberufene Versammlung befaßte sich mit der Übernahme des Ortsvereins durch die NSBO. Zu diesem Zwecke war Kreisbetriebszellenleiter Helbing (Konstanz) erschienen. Seine richtungweisenden markanten Ausführungen brachten die erforderliche Aufklärung. Kollege Glas ergänzte die Ausführungen des Vorredners und bat die Kollegen um ihre treue, vorbehaltlose Mitarbeit. Der Beifall und die darauffolgende Aussprache bewiesen, daß wir mithelfen wollen, alle Wunden zu heilen. Und in zukunftsfrohem Mitschaffen statten wir unserem Volkskanzler Adolf Hitler den Dank ab, der durch sein heißes, unentwegtes Bemühen es dahin gebracht hat, unserem Vaterlande wieder den Stempel der Jugendlichkeit und Ehrlichkeit aufzudrücken. — Am Sonntag, dem 25. Juni, fand in Radolfzell auf der Mettenau das diesjährige Johannisfest mit Bezirksversammlung statt. In der morgens tagenden Bezirksversammlung wurden die Interessen der Gehilfen im neuen Deutschland ausgiebig behandelt, die besonders in dem grundlegenden Referat des Kollegen Glas (Konstanz) über „Die gewerkschaftliche Lage" ihren beredten Ausdruck fanden. Gleichzeitig dankte Kollege Glas der scheidenden Vorstandschaft des Orts- und Bezirksvereins für ihre saubere und ehrliche Geschäftsführung im Interesse der Kollegen. Die Johannisfeier am Nachmittag erhielt ihren besonderen Charakter durch die Ehrung von sieben Mitgliedern, die dem Verbande in 25jähriger treuer Mitgliedschaft angehören. Es sind dies die Kollegen: Bettinger, Feuchter, Fritz, Röther, Sprich, Stöhr und Wagenlöhner. Ein Diplom mit einem kleinen Angebinde ehrte die alten Kämpen. In zunftmäßigem Buchdruckergeiste verbrachten die Kollegen mit ihren Angehörigen bei Musik und Unterhaltung die Nachmittagsstunden.

Leipzig (Johannisfeier der Leipziger Meisterschüler). Die Vereinigung der Meisterschüler für das graphische Gewerbe zu Leipzig pflegt als gesellige Tugend schon seit ihrem Bestehen altüberlieferte Handwerksbräuche. Das Johannisfest aber erfährt seine besondere Betonung. Als des Buchdruckers höchstes Fest legte man stets größten Wert auf berufsverbundene Programmgestaltung. Dieses Jahr hatte die Johannisfeier große Anziehungskraft erhalten durch die Wahl der Rudelsburg als Festort. Über 200 Gäste konnte man zählen, worunter sich manch alter Buchdrucker fand, um im Kreise der Jugend eine frohe Buchdruckertagung erleben zu können. Auch die Pg. Miehlke und Reissig (Berlin) bekundeten als Vertreter des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes ihre Sympathien für die urwüchsige Buchdruckerfestlichkeit. Am Nachmittag des 24. Juni fuhr die fröhliche Gesellschaft auf Lastautos (die einige Leipziger Firmen der graphischen Lieferbranche kostenlos zur Verfügung gestellt hatten) zum Tore hinaus, um unterwegs schon ein „himmlisches Gautschfest" in Gestalt eines guten mitteldeutschen Landregens über sich ergehen zu lassen. Ein feuchtigkeitgewohnter Buchdrucker läßt sich aber nicht so schnell einschüchtern. So kam alles in bester Laune gegen sieben Uhr auf der Rudelsburg an. Nach einer kleinen Stärkung wickelte sich nun ein echtes Buchdruckerzunftprogramm ab. Die Ansage besorgte in gelungener Weise ein Druckfehler-Quartett, das zudem oft in die Handlung eingreifen mußte. Eine von der Vereinigung gebildete Gesangsabteilung bot unter der Leitung Erich Krauses Erfreuliches. Nach den künstlerischen Darbietungen zeigte das Podium ein lebhaftes Bild: Ein altes Buchdruckerdepositionsspiel wurde aufgeführt, dem sich eine Buchdruckertaufe, das Gautschen eines Gutenbergjüngers, anschloß. Mit diesem Gautschen erhielt auch das von der Vereinigung herausgegebene Buchdruckerliederbuch „Stoßt an! Typographia soll leben!" seine Taufe. Das Liederbuch wurde dem Begründer der Leipziger Meisterschule, Herrn Bruno Metzel, mit anerkennenden Worten überreicht. So schloß der erste Programmteil. Nach einigen erfrischenden Worten Bruno Metzels und des Direktors der Meisterschule, Prof. Blechers, trat man in eine kurze Pause ein. Bald aber verkündete erneut Trompetensignal die Fortsetzung des Programms. Die Druckfehlerteufel erschienen wieder. Die Kapelle spielte leichtbeschwingt einen Straußschen Walzer und weckte bei den Tanzlustigen das Tanzfieber. Nach dem Horst-Wessel-Lied ging es in die regnerische Nacht zum Abbrennen des Johannisfeuers. Meisterschüler Halbach sprach, von jugendlichem Feuer durchdrungene Verse, worauf Pg. Miehlke vom Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes (Berlin) auf die besondere Bedeutung dieses Tages hinwies. Mit einem „Sieg Heil" auf unsern Volkskanzler Adolf Hitler, und der ersten Strophe des Deutschlandliedes wurde der offizielle Teil des Festprogrammes beschlossen. Diese Johannisfeier auf der Rudelsburg war eine zunft- und handwerksrechte, ganz der Schwarzkunst gewidmete Festlichkeit, an die sich noch viele erinnern werden, besonders auch dann, wenn sie die anläßlich dieser Feier erschienene Johannisfest-Zeitung „Leuchtkäfer-Illustrierte" mit ihren launigen Texten und fröhlichen Bildern betrachten werden. W.

Stettin. Die Kreisleiter im Bezirk Pommern des Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes waren von dem Verbandsbezirksleiter zu einer Tagung zusammengerufen, die der Aussprache über den Aufbau des Bezirks und die künftigen Aufgaben galt. Zu Beginn begrüßte der Verbandsbezirksleiter, Pg. Wittke, die Erschienenen, um dann von den Aufgaben zu sprechen, die den Kreisleitern und überhaupt den neuen Führern innerhalb des Verbandes gestellt sind. An die Stelle des früheren Klassenstaates soll ein Ständestaat treten, in dem alle deutschen Volksgenossen zusammenzuarbeiten haben zum Wohle des Volksganzen. Der deutsche Arbeiter, für den die Nationalsozialisten 14 Jahre hindurch unter Einsatz aller Kraft und mit ganzer Opferbereitschaft gekämpft haben, soll in dem neuen Deutschland gleichberechtigt neben allen anderen Staatsbürgern stehen. Der deutsche Arbeiter müsse aber auch wissen, daß jeder einzelne alle seine Handlungen so einzurichten habe, daß sie der Allgemeinheit dienen. Und in dieser Arbeit für die Allgemeinheit, für die Verwirklichung des nationalsozialistischen Grundsatzes „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", habe jeder Führer den anderen ein Vorbild zu sein, damit erreicht wird, was die Sozialdemokratie nicht fertig brachte: eine wirkliche Solidarität und ein wahrer Sozialismus. Das Führerprinzip, die volle persönliche Verantwortung jedes in der Verbandsarbeit mit einem Amt Beauftragten, stellte auch der stellv. Verbandsbezirksleiter, Pg. Ahrensmeyer, in seinen Ausführungen über die Organisation des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes und des Bezirks Pommern besonders heraus. Dann berichtete der Finanzwart, Pg. Thoms, über das Kassenwesen. Den Korruptionsfällen, wie sie sich bei der Übernahme der Gewerkschaften gezeigt haben, stellte er die Grundsätze der Kassenführung unter der neuen Leitung gegenüber, die vor allem von allen im Kassenwesen Tätigen äußerste Sparsamkeit erwarte, damit die Arbeitergelder ganz zum Besten der Arbeiter verwendet werden können. Schließlich gab noch der Presse- und Bildungswart Schülke einen Überblick über die künftig in dem Verbande zu treibende Bildungsarbeit. Ihr oberstes Ziel müsse immer sein: Die Durchdringung der in dem Verbande zusammengeschlossenen Arbeiterschaft mit dem Geist des Nationalsozialismus, die immer wiederholte Mahnung, daß jeder einzelne Mitarbeiter werden müsse an der Schaffung der von dem Führer vorgezeichneten Kameradschaft der Arbeit, die die Kraft zur Errichtung eines neuen, freien Vaterlandes geben werde. In einer längeren Aussprache wurden dann alle Einzelheiten der in Angriff genommenen Arbeit erörtert.

Stuttgart (Buchdrucker). Das Johannisfest feierten die Buchdruckergehilfen am Sonnabend, dem 24. Juni, im Parkrestaurant Silberburg unter stattlicher Beteiligung. Die SA.-Standartenkapelle unter Leitung des Konzertmeisters Pg. Franz eröffnete mit einem schneidigen Marsch das Programm. Verbandsbezirksleiter, Pg. Heß, hielt eine zündende Ansprache. Er gedachte des Altmeisters Gutenberg, seiner genialen Erfindung, und wie durch sie weitere Erfindungen möglich waren. Wenn der Spruch: „Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter!" wieder Geltung findet, wird auch der wahre Sinn der Johannisfeier nicht verlorengehen. Darum sollten wir auch freudigen Herzens Gutenbergs Kunst dem nationalsozialistischen Staate zur Verfügung stellen, der die Nutzanwendung zu ziehen weiß, daß wieder Schwung und Farbe in die Zünfte kommt und auch unser Zunftgruß wieder hell und froh erklinge: „Gott grüß' die Kunst!" Die SA.-Standartenkapelle beschloß diese erhebende Ansprache mit dem Deutschlandlied. Anschließend war die Ehrung der Kollegen Leopold, Laquai, Lober, Müller, Schautz, Schenk für 60jährige, der Kollegen Fakler, Maier, Schäfer, Schornstein, Böhringer für 50jährige Verbandszugehörigkeit. Der Singchor der Buchdruckergesellschaft, unter Leitung seines Dirigenten Härle, leitete die Ehrung mit dem Sängerwahlspruch ein und umrahmte sie in würdiger Weise. Kollege Lober dankte im Namen seiner Mitjubilare und ermahnte zum Festhalten am Verband. Nun rief Pg. Heß die Jungmannschaft auf, um unserem alten Brauch, dem Gautschen, Genüge zu leisten. Es wurde in ausgiebigem Maße und unter großem Jubel aller Anwesenden in packender, gründlicher Weise durchgeführt. Es erhielten insgesamt 16 Kollegen die Zunftweihe, und zwar aus Stuttgart: Willi Fritz, Max Lauster, Artur Schaub, Otto Schneider, Siegfried Sindelar, Hans Strohm, Alexander Wagenblaß, Eberhard Weiß; außerdem unterzogen sich noch acht durchreisende Kollegen der Wassertaufe, und zwar: Gustav Bergmann (Krefeld), Horst Bodack (Chemnitz), Helmut Burich (Dresden, Willi Erlbruch (Elberfeld), Erich Heinrich (Grünberg i. Schl.), Ernst Teichert (Breslau), August Späth (München), Anton Wagner (München). Für die Kinder war gesorgt durch Vorstellungen des Kasperletheaters unter Beigabe von Schokolade und Luftballonen und darauffolgendem Wurstschnappen. Auch ein Glücksrad war in Tätigkeit. Wem Fortuna hold war, der wurde mit schönen Gewinnen bedacht; wer eine Niete zog, dem lächelte sie dafür abends beim Tanze. So nahm unsere Johannisfeier einen harmonischen Verlauf, die jedem etwas gab; auch unsere Arbeitslosen erhielten eine Geldgabe. Heil Hitler!

Schweidnitz (Buchdrucker). Die letzte Bezirksversammlung des ehemaligen Gutenberg-Bundes fand am 2. Juli in der mit Hakenkreuzfahnen festlich geschmückten Gaststätte zum „Deutschen Kaiser" in Königszelt statt. Nachdem Kollege Zeise auf die Vorgänge in den letzten Wochen hingewiesen hatte, hielt Arbeitskamerad Barthke (Schweidnitz) einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Redner schilderte uns den Werdegang des Nationalsozialismus und ging näher auf die NSBO. ein. Die Gleichschaltung der Gewerkschaften habe zur Entpolitisierung geführt, ebenso müsse der Klassenkampf restlos verschwinden. Es wurden dann noch verschiedene Fragen des Tarif- und Arbeitsrechts behandelt. Der Redner schloß seine Ausführungen mit einem kräftigen „Sieg Heil!" auf unseren Volkskanzler Adolf Hitler. Kollege Zeise machte noch auf das Werk Adolf Hitlers „Mein Kampf" aufmerksam, in dem die Erhaltung der Gewerkschaften garantiert wird, und schloß mit einem „Auf Wiedersehen in der neuen großen Einheitsfront" die von über 100 Kollegen besuchte Versammlung. Hierauf folgte ein gemeinsames Mittagessen; einige Tafellieder und das Horst-Wessel-Lied, gestiftet von Waldenburger Kollegen, wurden gesungen. Den Nachmittag verbrachte man durch Spaziergänge nach der „Buschmühle" und nach dem schöngelegenen Ausflugsort „Sanssouci".

Allgemeine Rundschau

Vom Zeitungswesen. Die in Berlin erscheinende „Tägliche Rundschau" wurde vom Geheimen Staatspolizeiamt auf die Dauer von drei Monaten verboten. — Die Tageszeitung „Deutsche Zeitung" (Berlin) wurde mit sofortiger Wirkung, bis 15. Okt. 1933 einschließlich, verboten. Wie der Amtl. Preuß. Pressedienst mitteilt, ist dieses Verbot auf persönliche Anordnung des Preuß. Ministerpräsidenten Göring erfolgt. Gleichzeitig hat der Ministerpräsident angeordnet, daß der verantwortliche Redakteur ins Konzentrationslager gebracht wird. Der Ministerpräsident hat sich zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen wegen eines Aufsatzes, in dem behauptet wird, daß der italienische Luftfahrtminister Balbo ein getaufter Jude sein soll. Diese Verleumdung stammt von der Wiener Judenpresse und verfolgt den Zweck, die freundlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem italienischen Volke zu untergraben. Am 18. Juli wurde das Verbot der „Deutschen Zeitung" wieder aufgehoben, nachdem Verlag und Redaktion eine Erklärung abgaben, in der sie das durch Fahrlässigkeit des verantwortlichen Hauptschriftleiters geschehene Versehen aus das tiefste bedauern und von dem Inhalt der das Verbot veranlassenden unzutreffenden Verlautbarung, die sie nicht billigten, mit Entschiedenheit abrücken. Der Preußische Ministerpräsident hat sich nach Kenntnisnahme dieser Erklärung aus sozialen und wirtschaftlichen Rücksichten damit einverstanden erklärt, daß die „Deutsche Zeitung" ab Mittwoch, dem 19. Juli, wieder erscheint, obwohl die unwahren Ausführungen der „Deutschen Zeitung" geeignet waren, die Beziehungen des Reiches zu einer befreundeten auswärtigen Macht zu beeinträchtigen und hierdurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden. — Die Wochenzeitschrift „Der Deutschen-Spiegel" wurde auf die Dauer von drei Monaten, bis zum 12. Oktober 1933, verboten. — Der Preußische Ministerpräsident Göring hat anläßlich seines Besuches in Essen einen Erlaß herausgegeben, wonach im preußischen Westen ein Organ geschaffen wird, das die Politik der Preußischen Staatsregierung vertritt. Aus diesem Anlaß wurde der Berliner Vertreter der „National-Zeitung" zu Essen in den Amtlichen Preußischen Pressedienst berufen und die Essener „National-Zeitung" zum offiziellen Organ des Preußischen Ministerpräsidenten ernannt.

Jeder schaffende Volksgenosse liest den „Deutschen"

die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, der NSBO., der Angestelltenschaft und der volksverbundenen Selbständigen im Wirtschaftsleben.

Herausgeber Dr. Robert Ley.

Zu beziehen durch den Verband oder durch die Post

„Mein Kampf" in Blindenschrift. Mit Genehmigung Adolf Hitlers sowie des Zentralparteiverlages der NSDAP., Frz. Eher Nachf. G. m. b. H., München, wird in der nächsten Zeit durch die Blindenstudienanstalt Marburg-Lahn, Wörthstraße 11, das Werk unseres Führers „Mein Kampf" in Blindenschrift herausgegeben. Es handelt sich hier um eine Vervielfältigung, die allen Blindenbüchereien zugeleitet werden soll. Das Werk kann jedoch angesichts der hohen Kosten nur gegen Erstattung der entstandenen Selbstkosten abgegeben werden. Interessenten werden gebeten, sich an die obige Blindenstudienanstalt zu wenden.

Rudolf Mosse erstrebt Vergleich. Die Firma Rudolf Mosse ist infolge einer verfehlten Finanzpolitik der seit April aus der Verwaltung ausgeschiedenen Besitzer in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Die Rudolf-Mosse-Stiftung G. m. b. H., die im April d. J. die gesamte Verwaltung der alten Firma übernahm, hat nach eingehender Prüfung festgestellt, daß die Aktiva in so hohem Maße die Verbindlichkeiten übersteigen, daß nach Durchführung einschneidender Maßnahmen die Betriebe der Firma aus eigener Kraft in der Lage sein werden, die Geschäfte auf neuer, gesunder Grundlage fortzuführen. Darum hat nunmehr die Geschäftsleitung nach genauer Prüfung und voller Klärung sämtlicher geschäftlicher Unterlagen, die für einen vollkommenen Neuaufbau der Firma notwendigen Schritte in die Wege geleitet. Um das Sanierungswerk durchführen zu können, hat die Firma das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt und zunächst die Zahlungen eingestellt. Der Vergleichsvorschlag geht dahin, unter Inanspruchnahme einer gewissen Stundungsfrist sämtliche Gläubiger der Firma voll zu befriedigen; zur Sicherung dieser Befriedigung werden die erheblichen Privatvermögenswerte Verwendung finden, die der Stiftung von den Inhabern der Firma Rudolf Mosse zur Verfügung gestellt sind. Damit ist ein Sanierungswerk begonnen, das die großen Werte des Unternehmens für die Zukunft in teilweiser neuer Gestalt erhalten soll. Das Erscheinen der Zeitungen und sonstigen Verlagswerke wird durch die finanzielle Neuordnung nicht berührt. Der zum 31. Mai 1933 aufgestellte Status der Firma Rudolf Mosse, der freilich nur unter der Voraussetzung als brauchbare Unterlage betrachtet werden kann, daß das Unternehmen fortbesteht, beziffert die Schulden auf 11,31 Mill. M., davon sind 8,85 Mill. M. ungedeckt und 2,47 Mill. durch Deckung bevorrechtigt, wovon 1,67 Mill auf die Schuld an die Dresdner Bank entfallen. Andererseits wird das freie Vermögen auf 12,51 Mill. M. veranschlagt. Den weitaus größten Posten davon bilden die Grundstücke mit einem Buchwert von 6,86 Millionen, denen Belastungen und Verpfändungen von 2,47 Mill. M. gegenüberstehen. Somit übertrifft das freie Vermögen die Summe der Schulden um nahezu 1¼ Mill. M. Beim Gelingen des Vergleichs, zu dessen Durchführung die Firma sich durch Preisgabe wertvoller Vermögensobjekte die nötigen Mittel zu verschaffen gewillt ist, glauben die maßgebenden Persönlichkeiten, das Unternehmen wieder flottmachen zu können.

Generalrat der Wirtschaft. Reichskanzler Adolf Hitler hat einen Generalrat der Wirtschaft berufen, dessen Mitglieder die Aufgabe haben, der Reichsregierung zur Beratung in allen Fragen zur Verfügung zu stehen. Dem Generalrat der Wirtschaft, der jeweils auf besondere Einladung zusammentritt, gehören führende Männer des deutschen Wirtschaftslebens an; unter anderen auch der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley.

Abgelehnte Anträge auf Arbeitslosenunterstützung. Nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz muß jeder Arbeitslose, der in den Genuß der Arbeitslosenversicherung kommen will, bei seinem Arbeitsamt einen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung stellen. Die Gewährung der Unterstützung ist an gewisse Voraussetzungen geknüpft, die im Arbeitslosenversicherungsgesetz festgelegt sind. Wenn diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, wird der Antrag vom Arbeitsamt abgelehnt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Anträge abgelehnt werden muß. Eine Statistik der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gibt einen Überblick über die abgelehnten Anträge auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung. Während des ganzen Jahres 1932 wurden insgesamt 6 048 Millionen Anträge gestellt, davon aber 618 873, also rund 10 v. H., abgelehnt. Allein im Mai 1933 wurden 42 800 Anträge männlicher und weiblicher Erwerbsloser abgelehnt. Zu Beginn des Winters ist diese Zahl schon als Folge der sich bisher im Winter immer erhöhenden Arbeitslosigkeit allgemein bedeutend größer, im November 1932 waren es noch 63 390 und im November 1931 sogar 75 500. Fast ein Drittel entfällt davon im Durchschnitt auf die weiblichen Arbeitslosen. Von den im Mai 1933 abgelehnten 42 800 Anträgen wurden allein 76 v. H. wegen fehlender Anwartschaft abgelehnt. Dieser Prozentsatz ist bei den Frauen noch größer als bei den männlichen Erwerbslosen. 3,8 v. H. der Anträge wurden abgelehnt, weil der Antragsteller nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht arbeitslos war, wenn es sich also z. B. um selbständige Landwirte, Gastwirte, Handwerker und Kaufleute und ihre Angehörigen handelt. 7,5 v. H. der Anträge wurden bei Jugendlichen, bei denen die Familie eine Unterhaltspflicht gegenüber dem Antragsteller hatte, abgelehnt.

Steuerermäßigung auch für über 18 Jahre alten Kinder. Vom Reichsfinanzhof wurden zwei wichtige Lohnsteuerentscheidungen getroffen, die Beachtung verdienen. Die erste Entscheidung (VI A 427/32) besagt: Einem Familienvater stehen auch für seine über 18 Jahre alten Kinder beim Steuerabzug die üblichen Familienermäßigungen zu, wenn die Kinder arbeitslos, also ohne Einkommen, sind. — Die zweite Entscheidung (VI A 267/32) besagt: Einem Familienvater stehen auch für solche über 18 Jahre alten Kinder die üblichen Familienermäßigungen zu, die einer Beschäftigung (Ausbildung) nachgehen. Die Ermäßigung kommt in Frage, wenn das Taschengeld oder der Lohn nicht höher ist als ihre Werbungskosten und der mit der betreffenden Einkommensart im wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden sonstigen Ausgaben. Unter Werbungskosten werden bekanntlich die notwendigen Ausgaben für Arbeitsmittel (Berufskleidung und Werkzeuge), für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte verstanden. Der Satz für die Werbungskosten ist bekanntlich für den Monat auf 20 M. und für die Woche auf 4,80 M. festgesetzt. Diejenigen Familienväter, bei denen die vorerwähnten Tatbestände vorliegen, müssen daher sofort unter Bezugnahme auf die Entscheidungen des Reichsfinanzhofes eine entsprechende Berichtigung der Steuerkarte beantragen. Ist die Berichtigung erfolgt, so wird dann vom nächsten Lohnsteuerabzug die zugesprochene Familienermäßigung berücksichtigt.

Neue Mittel für die vorstädtische Kleinsiedlung. Aus den Mitteln, die auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit von der Reichsregierung zur Verfügung gestellt worden sind, gelangen in diesen Tagen durch den Reichsarbeitsminister 50 Millionen M. für die Fortführung der vorstädtischen Kleinsiedlung zur Verteilung. Bisher sind rund 120 Millionen M. für die vorstädtische Kleinsiedlung verwandt worden, mit denen rund 46 000 Stellen gefördert wurden. Mit den 50 Millionen M. hofft man weitere 20 000 Stellen schaffen zu können. Die bisherigen Richtlinien für die vorstädtische Kleinsiedlung gelten mit einigen Änderungen weiter. Während bisher auf Kleinsiedlungen nur solche Personen eingesetzt werden konnten, die eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln bezogen, können nunmehr auch solche Personen herangezogen werden, deren Einkommen das durchschnittliche Ortseinkommen von Erwerbslosen nicht wesentlich übersteigt. Vollbeschäftigte Arbeiter können jedoch angesichts der beschränkten Mittel nicht zugelassen werden, dagegen können kinderreiche minderbemittelte Familien mit 5 und mehr Kindern auch dann als Siedler eingesetzt werden, wenn die Kinder außer Arbeit stehen. Damit verfolgt der Reichsarbeitsminister die Förderung der kinderreichen Familien, die bisher bei der vorstädtischen Kleinsiedlung im besonderen Maße bevorzugt wurden. Nochmals wird darauf hingewiesen, daß Anträge auf Gewährung von Siedlungsdarlehen nicht an das Reichsarbeitsministerium oder die Länderregierungen, sondern allein an die örtlichen Gemeindebehörden zu richten sind.

15. Deutsches Turnfest. Während der Zeit des Turnfestes vom 22. bis 30. Juli werden auch viele Sportler in Stuttgart anwesend sein, die dem Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes angehören. Wir möchten nicht verfehlen, diese Kollegen und Kolleginnen darauf hinzuweisen, sich einmal die Zeit zu nehmen, auch unseren Büros einen kleinen Besuch abzustatten, und zwar befindet sich die Fachschaft der Buchdrucker in der Heusteigstraße 54, während die Fachschaften der Buchbinder, Graph. Hilfsarbeiter und Lithographen in der Weinsteigstraße 40 sind. Wir werden uns freuen, recht viele auswärtige Kollegen und Kolleginnen kennenzulernen, und entbieten jedem deutschen Turner, der vom Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes beim Turnfest vertreten ist, ein herzliches Willkommen! Die Verbandsbezirksleitung Südwest-Deutschland.

gez. Frien; gez. Heß.

Buchdrucker

Meisterkurse in Magdeburg

Die dem deutschen Handwerk von der nationalsozialistischen Revolution gestellten Aufgaben zur Erfüllung seiner sozialen, ethischen und staatlichen Pflichten als Berufsstand, erfordern die Mobilmachung aller im Handwerk vorhandenen gesunden Kräfte und die weitestgehende Förderung der Fähigkeiten jedes einzelnen. Wer die Ankündigungen und vor allem die Berichte der Meisterkurse in Magdeburg in den letzten Jahren verfolgt hat, wird feststellen können, daß ihr Ausbildungs- und Erziehungsprinzip seit Jahren schon den Bedingungen des 20. Programmpunktes der NSDAP. voll und ganz entspricht, der vorschreibt: „Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen." Der Besuch der Kurse, deren nachstehend aufgeführter Lehrinhalt die Möglichkeit einer umfassenden und gediegenen Ausbildung des Handwerkers im Sinne einer traditionsbewußten deutschen Handwerkskultur bietet, braucht daher nicht empfohlen zu werden, sondern wird selbstverständlich sein für jeden angehenden Handwerksmeister, der über die ihn in der Zukunft erwartenden Aufgaben nachdenkt.

Die Großen Meisterkurse in Magdeburg für Buchdrucker finden im Herbst 1933 vom 4. September bis zum 31. Oktober statt. In dem Lehrplan für die achtwöchigen Meisterkurse ist selbstverständlich nicht nur die gründliche handwerklich-praktische und fachwissenschaftliche Fortbildung festgelegt, sondern es sind auch die für die wirtschaftliche Schulung des Handwerkers heute dringend notwendigen kaufmännisch-rechtlichen Fächer darin enthalten. Von diesen ist für alle Handwerker „Der berufsständische Aufbau des Handwerkers im neuen Staat" von allergrößter Wichtigkeit. Der Unterricht in Kalkulation, Buchführung, schriftlichen Umgangsformen, allgemeiner Rechtskunde, Rationalisierung im Handwerk, Wirtschaftskunde usw. ist ganz auf die Struktur unseres in der Umgestaltung sich befindenden Wirtschaftslebens eingestellt. Die fachliche Ausbildung und Fortbildung, für die Werkstätten mit modernsten Maschinen und Apparaten sowie einzigartige Material- und Werkstoffsammlungen zur Verfügung stehen, ist in dem seit Jahren erprobten Lehrplan, der alle handwerklichen und maschinellen Techniken bis in alle Einzelheiten behandelt, wie folgt festgelegt: Handsatz

(Werk-, Tabellen-, Akzidenz- und typographischer Bildsatz), Maschinensatz (Typograph und Linotype), Buchdruck (Tiegel-, Schnellpresse, Zweitourenmaschine), Stereotypie, Tonplattenschnitt (Linoleum, Blei, Celluloid, Kreide). Werkzeug- und Maschinenkunde, Materialkunde (Papierfabrikation, chemisch-technische und praktische Prüfungen), DIN-Normen, Farbenlehre, Einführung in die Reproduktions-Verfahren (Hochdruck, Tiefdruck, Flachdruck), Fachzeichnen, Schrift-Grundelemente, Formatlehre, Aufmachungs- und Broschürenarbeiten, praktische Werkstattarbeit.

Die gründliche Handarbeit bildet naturgemäß die Grundlage für die Erkenntnis der maschinellen Techniken und ihre für das Handwerk sinngemäße, vernünftige Anwendungsweise.

Die Gründlichkeit der Meisterkurse in Magdeburg bietet dem angehenden Meister die Gewähr für etwas wirklich Positives an handwerkerlichem Wissen und Können für sein Berufsleben in der Praxis und dafür, daß er an die von der Meisterprüfungskommission gestellten Aufgaben in Ruhe und Selbstvertrauen herangehen kann. Diese Meisterkurse sind jedoch nicht nur für angehende Handwerksmeister gedacht, sondern sie bieten auch für alle Meister und Gesellen die Möglichkeit, sich einmal wieder mit den neuesten Arbeitsweisen, mit neuen handwerklichen Techniken, mit neuen Werkzeugen, Maschinen, Apparaten usw. vertraut zu machen, um sich so in fachlichen Dingen auf dem laufenden zu halten.

Ergänzt wird der Unterricht durch fachwissenschaftliche Vorträge mit Filmen, Lichtbildern usw., die von Fachautoritäten aus dem ganzen Reich gehalten werden, ferner durch Führungen und Demonstrationskurse in den Betrieben der einschlägigen und fachverwandten Industrie.

Die Kursusgebühr beträgt 50,— RM. Bedürftigen Handwerkern kann auf Antrag die Teilnehmergebühr erlassen und außerdem eine finanzielle Beihilfe gewährt werden. Für billigste Verpflegung und Unterkunft ist Vorsorge getroffen. Auskunft und Aufnahmeformulare erhält man durch die Geschäftsstelle der Provinzial-Meisterkurse Magdeburg, Brandenburger Straße 9.

Achtung! Statistikkarten!

Im Interesse der Vollständigkeit der Erwerbslosen- und Kurzarbeiter-Statistik ist unbedingt erforderlich, daß die Karten der Verbandsorte pünktlich am 3. eines jeden Monats bei der Verbandsleitung eingehen. Das Statistische Reichsamt schreibt sogar den 2. Tag nach dem jeweiligen Stichtag vor. Stichtag ist stets der letzte Arbeitstag der letzten vollen Woche im Monat. Terminkalender notieren!

Verbandsnachrichten

Der Drucker Fritz Dölling hat vom Gau Leipzig die Hauptbuchnummer 82 345 bekommen und ist am 6. Mai 1933 abgereist. — Da die Hauptbuch-Nummer 82 345 durch den Kollegen Fritz Hoffmann besetzt ist, werden die Reisezahlstellenverwalter gebeten, bei Meldung Döllings die Hauptbuchnummer in „82 456" zu ändern und der Verbandsleitung Mitteilung zu machen.

Adressenveränderungen

Barth a. d. Ostsee. Ortsleiter und vorläufiger Kassierer: Willi Müller, Barth, Reisergang 54. — Besondere Benachrichtigung an Funktionäre über stattgefundene Adressenveränderung erfolgt nicht.

Annaberg. Seit 1. Juli werden alle Auszahlungen, Beitragsentrichtungen, Meldungen usw. nur noch im Verbandsbüro, Abg. König-Albert-Straße 3 (2 Treppen), erledigt. Geschäftszeit: Montags bis Freitags 8—12 und 2—6, Sonnabends 8—1 Uhr.

Darmstadt. Verbandsortsleiter: Adam Michel, Mollertstraße 14, II. Reise- und Ortsunterstützung: Die Auszahlung der Reise- und Ortsunterstützung erfolgt im Gewerkschaftshaus, Bismarckstraße 19, und zwar der Reiseunterstützung täglich von 10—13 und 17—18 Uhr, der Ortsunterstützung nur Freitags von 10—12 und 15—16 Uhr. — Sprechstunden täglich von 10—13 und 17—18 Uhr.

Elbing. Finanzwart: Arthur Gruhn, Neustädtische Schmiedestraße 19. Auszahlung von 16 bis 17 Uhr.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Barth a. d. Ostsee. Durchreisende werden darauf hingewiesen, daß ein Ortsgeschenk nicht gewährt werden kann.

Frankfurt a. d. O. Die Auszahlung der Reise-Unterstützung und des Viatikums an Ausgesteuerte findet wie bisher im Restaurant des Gewerkschaftshauses, Große Oderstraße 51, parterre, statt. Auszahlung nur wochentags von 5.30 bis 6.15 Uhr abends. Meldungen nur beim Wirt. Eingang für Reisende nur durch den Torweg.

Mainz. Der Setzer Herbert Fink, Hauptbuchnummer 118 592, zuletzt in Kondition in Groß-Gerau, wird aufgefordert, sich sofort bei der Zahlstelle Mainz zu melden, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

Stettin. Der Kollege Joh. Flatterich aus Winnert hat angeblich sein Buch, Hptb.-Nr. 41 579, zwischen Stargard und Pyritz verloren. Sollte dasselbe vorgezeigt werden, so ist es abzunehmen und an die Hauptverwaltung einzusenden. Die Funktionäre werden auf diese Notiz aufmerksam gemacht.

Ehemaliger Gutenberg-Bund

Dresden. Die Zahlstelle des Gutenberg-Bundes ist aufgelöst. Alle Einzahlungen von Beiträgen und die Auszahlung der Unterstützung erfolgen im Büro des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes, Mathildenstraße 7, I.

Dresden. Kassierer: Walter Thiel, Freital bei Dresden, Elisabethstraße 6.

Lithographen und Steindrucker

Darmstadt. Verbandsortsleiter: Richard Stößer, Eberstadt b. Darmstadt, Frankensteiner Straße 165. Unterstützungsauszahlung: Büro des graphischen Gewerbes, Darmstadt, Bismarckstraße 19, 10—13 und 17—18 Uhr.

Buchbinder

Verbandsortsverwaltung Berlin der Fachschaft Buchbinder

Zur Schaffung einer brauchbaren Kartei benötigen wir von sämtlichen Betrieben, in denen unsere Verbandsmitglieder arbeiten, umgehend folgende Angaben: Genaue Anschrift des Betriebes sowie die genauen Anschriften des Betriebsratsvorsitzenden, des Betriebszellenobmannes, des Vertrauensmannes und des Kassierers der Fachschaft. Bei dieser Gelegenheit ist auch die Zahl der organisierten sowie der unorganisierten Buchbinder anzugeben. Die Angaben sind zu richten an: Fachschaft der Buchbinder, Berlin SO 16, Engelufer 24/25, Zimmer 38.

Gau Nordosten

Die Gaukassiererin Frl. Käthe Zimmermann hat mit dem 30. Juni ihr Amt niedergelegt. Sämtliche Beiträge sind zunächst an nachstehende Adresse einzusenden, und zwar mit dem besonderen Vermerk „Betr.: Gau Nordosten": Fachschaft der Buchbinder, Berlin SO 16, Engelufer 24/25, Postscheckkonto Berlin 428 45.

Darmstadt. Verbandsortsleiter: H. Brecklinghaus, Darmstadt, Hügelstraße 20. Unterstützungsauszahlung: Büro des graphischen Gewerbes, Darmstadt, Bismarckstraße 19, 10 bis 13 und 17 bis 18 Uhr.

Bezirk Neudamm. Verbandsortsleiter: Walter Brühe, Neudamm, Färberstraße 10, (Odergau.)

Gestorben

Kollege Franz Kirchhoff, Buchbinder, geb. 21. 1. 87 in Potsdam, an Lungenentzündung verstorben am 8. 7. 33, Mitglied seit 1925.

Kollege Albert Buchholz, Buchbinder, geb. 9. 4. 97 in Dallgow, verstorben am 7. 7. 33, Mitglied seit 1925.

Kollege Düttra, geb. 1. 8. 78 zu Freising, verstorben 6. 7. 33, Mitgliedsnummer 22 380.

Kollegin Anna Bielefeld, geb. 4. 2. 77 zu Berlin, Beruf: Komplettiererin, eingetreten am 29. 4. 1911, verstorben am 5. 7. 33.

Ehre ihrem Andenken!

Hilfsarbeiter

Zur Beachtung!

Um Verzögerungen in der Beantwortung und in der Abfertigung zu vermeiden, gebe ich hiermit nochmals bekannt, daß sich die Büros der Fachschaft „Hilfsarbeiter" seit dem 3. Juli 1933 im Buchdruckerhaus befinden. Die Anschrift lautet:

Deutscher Arbeiterverband des graphischen Gewerbes, Fachschaft Hilfsarbeiter, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Fernsprecher: Bergmann 3141, Apparat 40.

Hermann Hahn,
Fachschaftswart der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen.

Mitgliederbewegung im Monat Juni

Nach der Statistik vom Monat Juni 1933 hat die Fachschaft 28 748 Mitglieder. Davon sind 8383 Mitglieder erwerbslos, 3883 Mitglieder stehen in Kurzarbeit.

So ernst und traurig auch die anhaltende und zu großer Besorgnis Veranlassung gebende Arbeitslosigkeit in unserem Beruf ist, so erfreulich ist aber doch, daß nach der Statistik 500 Kollegen und Kolleginnen zur Berufsorganisation zurückgefunden haben. Fast alle Zahlstellen melden Wieder- und Neuaufnahmen. Es ist nunmehr Aufgabe aller Mitglieder, zu werben, um auch den letzten Unorganisierten für unseren Verband und für die Fachschaft zu gewinnen.

H. Hahn.

Darmstadt. Gerhard Remmers, Inselstraße 28 (ab 1. August Martinstraße 78). Unterstützungsauszahlung: Büro des graphischen Gewerbes, Darmstadt, Bismarckstraße 19, 10—13 und 17—18 Uhr.

Verschiedene Eingänge

„Linotype-Erbar-Grotesk." Mergenthaler Setzmaschinen-Fabrik G.m.b.H., Berlin N 4, Chausseestraße 25. — Dieses Anwendungsheft der Erbar-Grotesk gibt mancherlei Anregungen und Winke für eine zweckmäßige Satzgestaltung. Interessenten wird das 24 Seiten starke Heft von der Firma zugestellt.

„Wanderregeln." Herausgegeben vom Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen. — Wanderregeln betitelt sich ein kleines, schmuckes Heftchen, das der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen (Hilchenbach, Kreis Siegen) für die großen und kleinen Wandersleute, für die Anfänger, fortgeschrittenen Wanderführer und erfahrenen Wanderer herausgegeben hat. Die Wanderregeln geben in Stichwortform eine erschöpfende Anleitung über alle allgemeinen und technischen Fragen des Einzel- und Gruppenwanderns. Da findet man alles über Vorbereitung, Ausrüstung, Kleidung, über den Führer, die Durchführung, über Verhalten unterwegs und in der Jugendherberge, über Ernährung und Gesundheitsfragen, schließlich über Rad-, Zelt- und Winterwandern. Jeder hat Gewinn von diesem bescheidenen Berater mit dem wertvollen Inhalt, der das Ergebnis langjähriger Erfahrungen tüchtiger Wanderführer ist. Jeder kann sich diese „Wanderregeln" anschaffen, denn das Heft kostet nur 5 Pf. Bei vielen Ortsgruppen und Jugendherbergen des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen ist es zu kaufen.

„Moderne Schriftalphabete, Mappe Memphis-Ratio-Latein." Gottlieb Fischer. Organisationspreis 55 Pf.

„Moderne Schriftalphabete, Mappe Radio-City." Gottlieb Fischer. Organisationspreis 45 Pf.

Alle vorgenannten Bücher sind zu beziehen vom Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker GmbH., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Postscheckkonto Berlin 341 42.

Briefkasten

G. H. in K.: Nicht jeder kann dichten, weil dazu unendlich mehr gehört als Reimeschmiederei. Es gibt nur wenige gute Dichter. Veröffentlichung unmöglich. — **C. B. in B.-St.:** Zur Kenntnis genommen; Veröffentlichung nicht möglich. — **W. N. in B.:** Nicht zu verwerten, doch soll aus den Ausführungen folgende Stelle festgehalten werden: Wie töricht handelten jene, die mit ihren Verbandsbeiträgen zurückhielten in einer Zeit, wo unsere Arbeitslosen, Kranken und Invaliden diese Beiträge am nötigsten hatten! — **L. H. in Sch.:** Ihre „Korr."-Reklamation wird weiter verfolgt. — **C. H. in L.:** Zur Kenntnis genommen; eine Veröffentlichung der Anregungen und Vorschläge ist nicht beabsichtigt. — **B. W. in K.:** In diesem Falle müßte Befreiung von der Hauszinssteuer eintreten. — Inserat Nr. 338: 5,10 M.; 339: 4,95 M.; 340: 5,40 M.; 341: 12,— M.; 342: 9,30 M.; 343: 6,— M.; 344: 5,25 M.; 348: 4,05 M.; 349: 5,25 M. (Bei Geldsendungen bitten wir die Nummer des Inserats anzugeben.)

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 45

Artikel: Gebt dem Arbeiter die Heimat wieder! — Die Aufbauarbeit in Wirtschaft und Staat. — Volk an der Arbeit. — Die Neuordnung der Angestelltenverbände. — Wiederaufleben erloschener Anwartschaften in der Invalidenversicherung. — Wo ein Wille, da ein Weg! — Wer nimmt Bedarfsdeckungsscheine der Ehestandsdarlehen in Zahlung? — Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. — Fachtechnisches Können als Fundament des Gewerbes. — Buchdrucker: Meisterkurse in Magdeburg.

Feuilleton: Der Weg zu deutscher Druckgestaltung.

Korrespondenzen: Breslau. — Diessen a. A. — Konstanz. — Stettin. — Stuttgart. — Schweidnitz.

Allgemeine Rundschau: Vom Zeitungswesen. — „Mein Kampf" in Blindenschrift. — Rudolf Mosse erstrebt Vergleich. — Generalrat der Wirtschaft. — 15. Deutsches Turnfest. — Abgelehnte Anträge auf Arbeitslosenunterstützung. — Steuerermäßigung auch für über 18 Jahre alte Kinder. — Neue Mittel für die vorstädtische Kleinsiedlung.

Anzeigen

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengespaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Annahmeschluß: Donnerstag früh für die nächstfolgende Nummer. Preisangabe für Anzeigen kollegialer Herkunft erfolgt nur im Briefkasten. Einzahlungen erbitten wir auf das Postscheckkonto Berlin NW Nr. 26810

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe
von J. B. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungskommission, mit besonderer Berücksichtigung des neuesten Buchdruckpreistarifs und der Richtlinien des DBB. **12. Auflage.** 4,30 M. bei Voreinsendung, 4,60 M. per Nachnahme. [337
J. B. Lindl, München, Rumfordstraße 27. Postscheckkonto 910.

Große Provinzial-Meisterkurse in Magdeburg
für Buchdrucker und für Buchbinder
vom 4. September bis 31. Oktober 1933

Aufnahmegebühr 50 M. Unbemittelten können auf Antrag Stipendien gewährt werden. Ablegung der Meisterprüfung im Anschluß an den Kursus im Einvernehmen mit der Handwerkskammer möglich.

Auskunft und Anmeldeformulare durch die **Geschäftsstelle der Großen Provinzial-Meisterkurse in Magdeburg,** Brandenburger Straße 9/10. [341

Metallpoliergummi
Spießentferner (Radierer).
Karl Siegl, München 9,
Columbusstraße 1 [306d

Jedem ein Eigenheim
Wir bauen schlüsselfertige Eigenheime an **allen** Orten gegen monatliche Mietezahlung. Anfragen erb. an **„Eigenheim", Neustadt a. d. H.,** postlag. [329

Linotypesetzer
5½ Jahre Praxis, 26 Jahre alt, ev., wegen Arbeitsmangels 1932 entl., sucht mögl. Dauerstellung, evtl. dort, wo Gelegenh. geg. ist, sich in eine Zeitschriften- od. Zeitungsredaktion einzuarbeit.; schriftgewandt, mehrere Jahre als Textmetteur im Nachtdienst mittl. Zeitungsbetriebes in Rheinl.-Westf. tätig gewesen. Zeugnisse zur Verfüg. Näh. Angeb. erbittet
Gustav Zelle, Schleswig,
Moltkestraße 39 [339

Gute Erholung
bietet Ihnen Buchheim, direkt am Colditzer Staatsforst gelegen. Eigene Landwirtschaft u. Hausschlachtung. Freibad und Liegewiese vorhanden. Saub. Zimmer und Bedienung. Fünf reichliche Mahlzeiten. Pension 3 M. Keine Nebenkosten. [348
Br. Börner, Buchheim i. Sa., Bad Lausick (Land).

Gratis
Preisliste Nr. 18 senden [95
Gummi-Medikus
Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 8

Zeilenmaß [illegible] C. Fritz, Frankfurt West, Mühlgasse 22

Innerhalb fünf Wochen steht der Ortsverein Brieg zum dritten Male an der Bahre eines lieben Entschlafenen. Am 13. Juli verschied nach einem nur kurzen Krankenlager unser Kollege, der Setzerinvalide [342
Max Schal
im Alter von 67½ Jahren.
Nur zehn Monate war es ihm vergönnt, sich der Ruhe zu widmen und die Unterstützung der Organisation zu genießen.
Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Deutscher Arbeiterverband des graphischen Gewerbes Fachschaft Buchdrucker

Am 4. Juli verstarb plötzlich und unerwartet an Herzschlag unser lieber Kollege, der Saalmeister
Paul Stecher
im 53. Lebensjahr. [340
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Belegschaft der Firma E. S. Mittler & Sohn, Berlin

Am 16. Juli verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzerinvalide [349
Kurt Löwig
aus Durlach, im Alter von 52 Jahren.
Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Bezirksverein Heidelberg

Am 14. Juli verstarb in München unser liebes Mitglied, der Korrektor
Karl Waizer
aus München, im Alter von 59 Jahren. [347
Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Bayr. Korrektorenverein (Sitz München)

Am 11. Juli verstarb plötzlich infolge Herzschlags unser lieber Kollege [344
Hermann Richter
im Alter von 47 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Maschinensetzer der Firma Ullstein AG., Berlin

Am 7. Juli verstarb unser lieber Kollege, der Invalide [338
G. H. Mieschner
aus Halle a. d. S., im Alter von 77 Jahren.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Ortsverein Halle a. d. S.

Am 12. Juli verstarb nach kurzer Krankheit durch Schlaganfall unser lieber Kollege, der Metteur
Bruno Zarschler
im Alter von 63 Jahren.
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. [343
Ortsverein Senftenberg (Nieder-Lausitz)
Bezirksverein Kottbus

Verlag: Deutscher Arbeiterverband des graphischen Gewerbes, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5 • Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Rudolf Reissig, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5
Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5 • Fernruf für den „Korrespondent": Berlin, Amt Bergmann 1191, 3141—3145 • Druck: Buchdruckwerkstätte, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5